

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interlions-Gebühr
 Beträgt für die sechsbeinige Kolonsgelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Bezugs- und Besammlungs-Anzeigen 10 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegrafische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. Oktober 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Freilinn und Volksschule.

Von allen Gebieten staatlicher Gesetzgebung und Verwaltung wird kaum eins von den Massen der Bevölkerung, insbesondere von der Arbeiterklasse mit so leidenschaftlicher Anteilnahme begleitet, wie das große und weite Gebiet des Unterrichts und der Erziehung. In unserem heutigen Klassenstaat kommt freilich für die Massen aus diesem riesigen Gebiet, das in seinen Verzweigungen alle Arten menschlicher Betätigung umfaßt, nur ein kleiner Ausschnitt, das Elementarschulwesen in Betracht. Ungefähr 95 Proz. der schulpflichtigen Kinder haben die Pforten der Volksschule zu drücken. Das Volksschulwesen ist also das Fundament, auf dem die ganze Bildung unseres Volkes sich erhebt, und für eine Kulturation ergäbe sich daraus die zwingende Verpflichtung, dieses Fundament gut und sicher und nach allen nur irgend möglichen Richtungen auszubauen.

Unermüdet und niemals rastend hat in diesem Sinne aber nur die Sozialdemokratie zu wirken gesucht. In den Einzelkämpfen, denen die Gesetzgebung über das Schulwesen unterliegt, in den Kommissionen, denen es obliegt, diese Gesetzgebung durchzuführen, haben die sozialdemokratischen Vertreter den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Hebung des Elementarschulwesens gelegt. Eine umfassende Darstellung der Geschichte des Volksschulwesens würde zugeben müssen, daß alle Verbesserungen, zu denen man wohl oder übel in der neueren Zeit sich hat verziehen müssen, zurückzuführen sind auf die direkte Initiative der sozialdemokratischen Vertreter in all diesen Körperschaften. Solches Streben, solche Tätigkeit unserer Genossen sich und stößt naturgemäß auf den heftigsten Widerstand all derer, deren Weizen nur blüht, wenn es gelingt, das Volk auch weiterhin in Unwissenheit und damit in Stumpfheit und Trägheit zu erhalten. Weit entfernt, den hohen Wert der Kulturart anzuerkennen, welche die Sozialdemokratie allein dadurch vollbracht hat, daß es ihr gelungen ist, den Massen einen wahren Weisheit nach Wissen und Bildung, ein leidenschaftliches Streben nach Weiterentwicklung einzupflanzen, geht vielmehr das ganze Trachten der Reaktion bei uns dahin, die Schulen ihres Charakters als Bildungstätten mehr und mehr zu berauben, sie auszugestalten zu Drillanstalten für die Heranziehung von geschickten aber gefügigen Werkzeugen der herrschenden Klassen.

Nirgends treten diese Bestrebungen unbehülter und krasser zutage, als an der Stätte, wo alles, was volksfeindlich und rückwärts ist, sich gleichsam in einem Brennpunkt sammelt. Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über das Volksschulwesen geben auf jeder Seite Verweise für die dort waltenden rückwärtigen Tendenzen; sie zeigen, wie selbst auf diesem Gebiete die früheren Unterschiede zwischen der Junkernation jeglichen Rückschritts, dem Junkertum, und den Freisinnigen nahezu ausgelöscht sind.

Die Religion, so wie sie unsere herrschenden Klassen lehren lassen, ist eines der ersten und wichtigsten Mittel zur Niederhaltung des Volkes. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die preussische Reaktion, der man eine gewisse Weitsichtigkeit nicht absprechen kann, von Beginn an die geistlichen mit den Unterrichtsangelegenheiten aufs engste verknüpft und diese beiden durchs durchs getrennt zu behandelnden Gebiete in einem Ministerium vereinigt. Gemäß unserer Forderung völliger Trennung der Kirche von der Schule verlangte bei der Beratung des Etats des Kultusministeriums unser Redner, Genosse A. D. Hoffmann, vor allem Trennung des Unterrichts vom Kultusministerium, denn erst wenn das Unterrichtsweien vom Kultus getrennt sein würde, könnte der Etat ein wirklicher Kultusetat und das Ministerium ein Kultusministerium werden; erst dann würde auch unsere Forderung der Weltlichkeit der Schule wirklich durchzuführen sein.

Wie nicht anders zu erwarten war, ließen Konservative und Zentrum durch ihre Redner in schroffer Weise zum Ausdruck bringen, daß sie unter keinen Umständen einwilligen würden, die Verwaltung der kirchlichen und geistlichen Angelegenheiten von der Verwaltung der Schulfachen zu trennen. Auf diese mit größter Bestimmtheit vorgebrachte Willensmeinung hatte der Sprecher der Freisinnigen Volkspartei, Herr Eichhoff, nur zu erklären, daß auch seine Freunde „ein reines Unterrichtsministerium verlangen. Aber eine Mehrheit für diese Forderung ist heute weder in diesem, noch in dem anderen Hause vorhanden, und so müssen wir uns auf eine bessere Zukunft vertrusten“.

Auch wenn man die Herren Freisinnigen recht hoch einschätzt, wäre es eine Beleidigung anzunehmen, sie selber könnten glauben, durch solche Erklärungen irgend einen Einfluß auf die Junker zu üben! Nein, das sind eben nur Redefloskeln, allensfalls für naive Wähler bestimmt, von denen die beiden Parteien selber aber genau wissen, wie sie gemeint sind!

Noch ein paar Schritte weiter als Herr Eichhoff ging der zweite Redner der Freisinnigen Volkspartei, Herr Dr. Schepp, seines Zeichens selber Volksschullehrer:

„Diese Forderung der Unabhängigkeit der Schule von der Kirche schließt noch lange nicht in sich, daß nun auch der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden muß. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Religionsunterricht der Schule erhalten bleiben muß.“

Ich will noch einmal hervorheben, daß wir Volksschullehrer den Standpunkt vertreten, daß die Volksschule auf den Religionsunterricht nicht verzichten kann, weil die Religion ein wesentlicher, ja vielleicht einer der wesentlichsten Bestandteile des Seelenlebens ist. Nun ist die Sozialdemokratie dafür, daß der Religionsunterricht aus der Schule entfernt wird. Das scheint aber nur der richtige Weg zu sein. In Wirklichkeit bedeutet die Entfernung

des Religionsunterrichtes aus der Schule weiter nichts, als eine Kapitulation des Staates vor der Kirche. Der Religionsunterricht wird dadurch nicht beseitigt, sondern er wird nur an eine andere Stelle verlegt. Der Staat schließt gewissermaßen mit der Kirche einen Vertrag, daß sie allein den Religionsunterricht zu erteilen habe.“

So unverständlich die Logik des Herrn Dr. Schepp auch ist, so parallel seine Ausführungen auch mit den Wünschen der Junker laufen; weit charakteristischer für die Freisinnige Volkspartei als das, was er sagt, ist, was Herr Dr. Schepp nicht gesagt hat.

Im Laufe seiner Rede hatte Genosse Hoffmann auch scharfe Kritik geübt an dem Ausnahmefesetz, welches das Kultusministerium durch die Verfügung übt, daß Sozialdemokraten nicht Mitglieder der Schuldeputationen werden dürfen. In Ausführung dieser Verfügung hat man bekanntlich nicht nur allen neu gewählten Sozialdemokraten die Befähigung verweigert, sondern selbst bei sozialdemokratischen Mitgliedern von Schulvorständen, die schon lange Jahre, ja Jahrzehnte dem Schulvorstande angehört und mit Eifer und Erfolg sich an den Arbeiten beteiligt hatten, die vor langer Zeit erfolgte Befähigung nachträglich zurückgezogen. Von einer Volksvertretung, die diesen Namen verdient, wäre solches Vorgehen des Ministers sicherlich einmütig zurückgewiesen worden und man hätte es nicht nur als das selbstverständliche Recht, sondern als Pflicht auch der sozialdemokratischen Eltern betrachtet, im Namen des Gesetzes mitzuwirken an der Ausgestaltung des Volksschulwesens. Anders natürlich im Dreiklassenhaus. Mit der Entwidung auf die Ausführungen unseres Redners war der bekannte freikonservative Scharfmacher v. D. Redlich betraut, und dieser entblödete sich nicht, wörtlich auszuführen:

„Es ist das charakteristische Merkmal der preussischen Schulen, daß sie nicht ausschließlich, nicht einmal in erster Linie, berufen sind, den Kindern diejenigen Kenntnisse beizubringen, die sie für ihr Leben bedürfen, sondern, daß sie vor allem auch den Vernunft hat, die Kinder zu guten Menschen, zu guten Christen, zu guten Patrioten zu erziehen... Meine Herren, wenn der Abgeordnete Hoffmann die Behauptung aufgestellt hat, daß mit dem Ausschluß der Sozialdemokraten eine Art von neuem Sozialistengejeg, eine Durchbrechung der bürgerlichen Gleichheit herbeigeführt würde, so steht das ungefähr auf derselben Linie, als wenn die Herren Redner eine Verletzung der bürgerlichen Gleichberechtigung darin erkennen, wenn man sie nicht zu Kassenbeamten ernannt.“ (Große Heiterkeit.)

Solche ungläubigen, höhnen Worte und der Weisheit, den sie im Hause gefunden haben, müssen auch den gleichgültigsten Arbeiter aufrütteln, ihm zeigen, was er für sich und für seine Kinder von solcher Volkvertretung zu erwarten hat! Bei der Wahl müßten diese Worte des Herrn v. Redlich, die den ganzen reaktionären Charakter des Dreiklassenhauses wie ein Bligstrahl aufzeigen, den noch indifferenten Massen wieder und immer wieder in Erinnerung gebracht werden. Wohl in keinem anderen Parlamente der Welt wären solche Ausführungen möglich. Würden sie aber gemacht, so müßte man schroffe Zurückweisung durch alle bürgerlichen Elemente erwarten, gleichviel welcher Parteirichtung diese angehören, sofern sie nur anständiges Empfinden sich noch bewahrt haben. Allein das preussische Dreiklassenhaus macht auch hierin eine unümlische Ausnahme. Jedes Wort, welches Genosse Hoffmann gegen die Volksschule geäußert hatte, wurde von dem freisinnigen Volksmanne und Volksschullehrer Dr. Schepp unter die kritische Lupe genommen, zergliedert und zu widerlegen versucht. Wiederholt glaubte er namens des gesamten Lehrerstandes feierliche Verwahrung gegen sozialdemokratische Äußerungen einlegen zu müssen. Gegen die jedlichen Ausführungen aber, welche nicht nur die Sozialdemokratie schmähen sondern zugleich die schwerste Beleidigung und Herabwürdigung des Lehrstandes in sich schloßen, hatte Herr Dr. Schepp ebensowenig wie irgend ein anderer der freisinnigen Volksvertreter auch, nur ein Wort der Zurückweisung übrig!

Winnen largen finden in Berlin in vier Bezirken Landtagsersahwahlen statt. Kann nach dem Geschilderten ein Vater, der seine Kinder lieb hat und ihnen für den schweren Kampf ums Dasein eine bessere geistige Ausstattung geben möchte als er selbst besessen hat, wirklich noch für einen Freisinnigen die Stimme abgeben? Pflicht eines jeden Vaters, der seinen Kindern nur die Volksschule zu bieten vermag, ist es, bei diesen Wahlen rückhaltlos einzutreten für die sozialdemokratische Partei, die als einzige von allen immer und allorts mit aller Kraft, über die sie verfügt, für die Hebung des Volksschulwesens gewirkt hat und weiter wirken wird!

Zum Wahlkampf.

Freisinn und allgemeines Wahlrecht.

Zu wiederholten Malen ist nicht nur von uns, sondern auch von anderer Seite der Nachweis geführt, daß es den Freisinnigen mit ihrer Forderung des Erlasses des Dreiklassenwahlsystems durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht im Grunde genommen nicht Ernst ist, daß es ihnen nur darauf ankommt, ihre eigene parlamentarische Macht zu mehren, daß ihnen aber die Interessen und Wünsche der Allgemeinheit herzlich gleichgültig sind. Die konservative Männer über den Wahlrechtskampf des Freisinnigen denken, das beweist das Urteil Delbrücks in den „Preussischen Jahrbüchern“ (Band 131 S. 376): „Die freisinnige Wählerkaste ist in ihrer großen Mehrzahl konservativ, man

möchte beinahe sagen reaktionär geworden. Diese freisinnigen Wähler... wollen in Wirklichkeit gar nicht das demokratische Wahlrecht, das in dem Programm der Partei als Paradesitz prangt.“ Wenn wir mit diesem Satz auch nicht ganz übereinstimmen, so müssen wir Delbrück doch darin beipflichten, daß das demokratische Wahlrecht in dem Programm der Freisinnigen Volkspartei nur ein Paradesitz bildet. Tugend einen ernsthaften Versuch zur Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen haben die Freisinnigen bisher noch niemals gemacht.

Gewiß haben die Freisinnigen in gewissen Zwischenräumen pflichtschuldigst ihren Wahlrechtsantrag im Abgeordnetenhaus eingebracht, aber die Vertretung des Antrages war in den meisten Fällen so schwach, daß jeder denkende Politiker den Eindruck gewinnen mußte, daß sich seine Verantwortlichkeit nur einer unangenehmen Pflicht unterziehen. Wirst doch der Charlottenburger Stadtrat Professor Dr. Jastrow, ein Mann, den die Freisinnigen nicht gut von sich abstoßen können, bereits in seiner im Jahre 1894 erschienenen Schrift „Die preussische Wahlreform vom Standpunkt sozialer Politik“ den Freisinnigen vor, daß sie im Abgeordnetenhaus die Wahlreform nicht mit großem Eifer behandelt haben. „So oft im preussischen Landtag die Wahlfrage erörtert wird, so oft erscheint der pflichtgemäße Antrag auf Einführung des Reichswahlrechts. Aber die Wärme, mit der er vertreten wird, sinkt immer näher an den Gefrierpunkt.“

Wenn es seitdem scheinbar besser geworden ist, so ist das nicht auf eine Wandlung in den Anschauungen des Freisinn zurückzuführen, sondern einzig und allein auf die Agitation der Sozialdemokraten, die sich an die Massen, an die von einer Vertretung im Dreiklassenparlament ausgeschlossen wandten, die das Volk zum Sturm gegen das elendeste aller Wahlsysteme aufriefen und naturgemäß auch freisinnige Wählerkreise aus ihrem Schlummer rüttelten. Jetzt konnten und durften die Führer, wenn anders sie nicht ihren letzten Anhang verlieren wollten, nicht mehr untätig die Hände in den Schoß legen, aus taktischen Gründen waren sie gezwungen, Farbe zu bekennen. Satten sich die freisinnigen Abgeordneten des preussischen Landtages noch im Jahre 1904 mit den Nationalliberalen auf ein Kompromiß geeinigt, auf jene „fast- und kraftlose liberale Aktion“, die noch nicht einmal die geheime Wahl forderte, obwohl hierfür auch das Zentrum zu haben gewesen wäre, sondern die sich mit dem Verlangen nach einer anderen Wahlkreiseinteilung und nach Erleichterungen zur Abwidlung des Wahlgeschäftes begnügte, aber am Wesen des Dreiklassenwahlsystems nichts änderte, so zogen sie in den nächsten Jahren andere Saiten auf und beantragten die Einführung des Reichswahlrechts in Preußen.

Da aber die Freisinnigen ihre Zweifrontentheorie, die ihnen als der Gipfel der Staatskunst erscheint, nicht aufgeben wollen, und da sie sich vor allem ihren konservativen Freunden in empfehlende Erinnerung bringen zu müssen glauben, so klagen ihre Wahlrechtsreden stets in Angriffen gegen die bösen Sozialdemokraten aus, die den freisinnigen Wahlrechtskampf angeblich dadurch erschwerten, daß sie den Phrasen der Fischbeck, Kopsch, Wiemer den Willen zur Tat gegenüberstellten. Noch jede freisinnige Wahlrechtsrede hat die Konservativen in ihrer Ansicht, daß von jener Seite dem Dreiklassenwahlsystem keine Gefahr droht, bekräftigt. Die Konservativen lachen einfach über die freisinnigen Mantheden, die sie in langjähriger Gemeinschaft richtig einzuschätzen gelernt haben. Wissen sie doch, daß die Freisinnigen sich im entscheidenden Moment immer und immer auf die Seite der Reaktion schlagen!

Bedurfte es noch eines Beweises dafür, daß der Kampf der Führer des Freisinn um das allgemeine Wahlrecht nur ein Scheingefecht ist, so hat die verflorenen Landtagsession den Beweis erbracht. Von dem Moment an, wo die Wahl einiger Sozialdemokraten gesichert war, hat die freisinnige Parteilassung, anstatt die Bundesgenossen in Kampfe um das Wahlrecht zu begrüßen, es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, die unbekannten Mahner aus dem Junkerparlament zu entfernen! Die Freisinnigen haben sich wie so oft so auch hier wieder als Handlanger der Reaktion erwiesen und die Arbeit verrichtet, die selbst den Konservativen zu schmutzig war.

Ob sich die Freisinnshelden ihres „Siegess“ freuen? Wir glauben es nicht. Wenn nicht alle Feinden trügen, dann hat sich ihrer eine lagenjämmerliche Stimmung bemächtigt; sie sehen, daß ihre Wahnvisionen, daß ihr niederrachtiger Wahlrechtsraub von jedem anständigen Menschen verurteilt wird, sie ahnen, daß ihre Hoffnung, auf diese Weise die kassierten Mandate für sich gewinnen zu können, zuschanden wird, und sie sehen mit Zittern und Bangen dem Tage der Abrechnung entgegen. Unsere Sache aber, Sache des Klassenbewußten Proletariats ist es, dafür zu sorgen, daß die Abrechnung eine gründliche wird, daß den Freisinnigen die gebührende Antwort zu teil wird. Gestützt auf die reaktionäre Mehrheit des Junkerparlaments, gestützt auf die ärgsten Feinde des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, hat der Freisinn durch einen Gewaltstreik die vier sozialdemokratischen Mandate kassiert, getragen von dem Vertrauen des Volkes, von dem Vertrauen aller wirklichen Wahlrechtsfreunde, werden unsere Genossen wieder in

den Landtag einzutreten und aufs neue den Kampf aufzunehmen gegen offene und verdeckte Reaktion!

Ueber hohe Kirchensteuern

weshalb geht auch die freisinnige Presse. Sie schlägt die Hände darüber zusammen, daß beispielsweise in Berlin die Kirchensteuern von 806 117 Mark im Jahre 1904 auf 2 269 420 Mark im Jahre 1909 angewachsen sind, wobei übrigens nur die Kirchensteuern für die evangelische Kirche in Anrechnung gebracht wurden. Der Freisinn gibt sich dabei den Anchein, als ob diese Steigerung der Kirchensteuer nur etwas Zufälliges und Vorübergehendes sei. Wir wollen dem gegenüber denn doch feststellen, daß die Erhöhung der Kirchensteuer keineswegs in der Willkür der Berliner Stadtsynode liegt, sondern daß die Erhöhung der kirchlichen Umlagen der Zustimmung des preussischen Abgeordnetenhauses bedarf. Dort aber ist im Juli des Jahres 1909 beschlossen worden, daß die kirchlichen Behörden eine derartige Erhöhung der Kirchensteuern vorzunehmen berechtigt seien, wie sie nimmehr vorliegt.

Als in der letzten Landtagssession die Erhöhung des staatlichen Zuschusses zum Zwecke der Gehaltsaufbesserung der Geistlichen und der Vermehrung der geistlichen Stellen gefordert wurde, war es ganz allein die sozialdemokratische Partei, die gegen diese Forderung Protest erhob und bei der Abstimmung dagegen votierte. Auch der Freisinn stimmte für die Mehrbewilligung von 13 1/2 Millionen Mark aus staatlichen Mitteln für die protestantische und katholische Geistlichkeit. Er, der die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten ablehnte, gab seine Zustimmung zu der Regierungsforderung, aus staatlichen Mitteln mehr als 13 Millionen Mark pro Jahr mehr zu bewilligen, damit die Gehälter der Geistlichen aufgebessert werden und die Zahl der Geistlichen erhöht werden könnten!

Über damit hatte der Freisinn den Staatsbürgern noch nicht genug Lasten für Kirche und Geistlichkeit aufgelegt. Denn die 13 1/2 Millionen bedeuteten nur den direkten staatlichen Zuschuß für die Kirche. Vorher aber war bereits im Juli 1908 die Einwilligung des Abgeordnetenhauses dafür gefordert worden, daß die kirchlichen Behörden selbst die von ihnen erhobenen Kirchensteuern erhöhen dürften. Damals stimmte zwar der Freisinn gegen das betreffende Gesetz, aber er erklärte zugleich durch den Mund seines Redners, des Abgeordneten Wiemer, daß der Freisinn auch für die Erhöhung der Kirchensteuer zu haben gewesen wäre, wenn diese Forderung nicht schon im voraus, sondern erst im Zusammenhang mit der allgemeinen Beamtenbesoldungsreform erhoben worden wäre! Wenn also die freisinnigen Blätter heuchlerisch über die Erhöhung der Kirchensteuern klagen, sollten sie nicht vergessen, daß der Redner des Freisinn, der Abgeordnete Wiemer, gegen die Erhöhung der Kirchensteuer an sich absolut nichts einzuwenden hatte, sondern nur gegen den Termin, an dem eine solche Forderung von der Regierung erhoben worden war.

Der Freisinn ist also nicht nur mitverantwortlich für die 13 Millionen Mark, die in Gestalt von Staatszuschüssen für die Geistlichkeit mehr bewilligt worden sind, sondern auch für die vielen Millionen, die von den Kirchenbehörden selbst aus den Steuerzahlern herausgedrückt werden!

Die Freiheit der Wissenschaft.

Man schreibt uns:

In Leipzig wurde soeben eine heisse Redebeschäft darüber geschlagen, ob die Zulassung zum Lehramt an den Universitäten von politischen oder religiösen Voraussetzungen abhängig gemacht werden dürfe. Bei der Debatte kamen sehr nette Dinge zum Vorschein, zum Beispiel das Angebot des Zentralverbandes deutscher Industrieller, dem sächsischen Kultusministerium 30 000 M. zu zahlen dafür, daß ein bestimmter Tendenzprofessor an die Universität Leipzig berufen werde. Auch war es recht interessant, die diplomatische Art wieder einmal zu beobachten, mit der die „Männer der Wissenschaft“ im Prinzip sich zu den liberalsten Anschauungen bekennen, zugleich aber selbst ängstlich darauf bedacht sind, daß diese Prinzipien ja nicht in die Praxis umgesetzt werden.

Am interessantesten aber war an der ganzen Debatte, daß alle Teile in völliger Uebereinstimmung von vollständig kriegerischen Voraussetzungen ausgingen. Auch von der Opposition wurde keineswegs bestritten, daß es erstens eine „voraussetzungslose“ Wissenschaft gibt, und zweitens, daß es die Aufgabe der Universitäten sei, diese Wissenschaft zu verbreiten. Diese beiden Behauptungen sind nicht nur falsch, sondern zugleich auch gefährlich. Sie sollen deshalb nicht unwideisprochen bleiben.

Zunächst muß jede Wissenschaft gewisse Wahrheiten als gegeben voraussetzen, von denen erst sie ihren Ausgang nimmt, auf die sie weiter baut. So setzen die Naturwissenschaften heute eine durchgängige Verknüpfung der Tatsachen nach kausalen Gesetzen voraus. Wer aber auf religiösem Standpunkt steht, wird diese erste Voraussetzung schon nicht mehr akzeptieren. Denn für ihn haben die Entschlüsselungen Gottes keine Ursache, unterliegen keinem Gesetz, beeinflussen aber das Geschehene. Ob auf dieser Grundlage Wissenschaft überhaupt noch möglich ist, wird wieder davon abhängen, was man unter diesem Ausdruck versteht. Auch hier gibt es keine Weise, sondern nur Uebereinkommen.

Noch klarer tritt die Unmöglichkeit voraussetzungsloser Wissenschaft auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaften hervor. Das Ziel der Wissenschaft ist es, das Unbekannte auf das Bekannte zurückzuführen. Aber mit gutem Recht sagt ein russisches Sprichwort: „Der Satte versteht nicht den Hungerigen“. Was dem einen als selbstverständlich gilt, ist dem anderen ein Problem; was jener im Nu begreift, bleibt diesem ewig rätselhaft. Besonders klar sehen wir diese Unmöglichkeit der Verständigung an den endlosen Diskussionen über das Marx'sche System. Von Jahr zu Jahr erscheinen nicht nur keine Broschüren, sondern auch die Wälzer, die die Widersinnigkeit des Marxismus beweisen sollen. Manche von diesen Publikationen tragen allerdings den Stempel der absichtlichen Verdrehung (sogar an der Stirn); andere aber geben gewiß der ehrlichen Uebersetzung ihrer Verfasser Ausdruck. Lieft man diese Bücher, so steht man zunächst vor einem scheinbar unlöslichen Rätsel: wie ist es möglich, daß Einwände, die schon hundertmal widerlegt sind, immer wieder im gleichen Ton tiefer Uebersetzung vorgebracht werden? Wie ist es möglich, daß Ansichten, die wir schon längst als unsinnig aufgezeigt haben, noch immer dort volle Geltung haben? Geht man von dem Dogma der voraussetzungslosen Wissenschaft aus, so erscheinen diese Fragen unlösbar. Sie finden aber ihre Erklärung, wenn man eben berücksichtigt, daß der Ausgangspunkt bei uns und bei der bürgerlichen Wissenschaft vollkommen verschieden ist, daß wir ganz verschiedene Sprachen sprechen. So setzt der bürgerliche Nationalökonom als selbstverständlich voraus, daß das Wertgesetz ihm den Bestand der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erklärt. Deshalb versteht er die Marx'sche Theorie nicht, die gerade die Wertesprache dieses Systems aufzeigt. Da er diese nicht sieht und nicht anerkennt, glaubt er, daß die Theorie selbst Widersprüche enthält, daß sie falsch ist. Da die Grenznutzentheorie diese inneren

Widersprüche des Kapitalismus verschleiert, empfiehlt sie sich dem bürgerlichen Bewußtsein, auch wenn wir ihre Widersinnigkeit und Unzulänglichkeit noch so eingehend beweisen. So reden die Vertreter der beiden Weltanschauungen stets an einander vorbei.

Deshalb kann ich auch Prof. Weber nicht so ganz unrecht geben, wenn er behauptet, sozialdemokratische Dozenten würden sich bei dem Colloquium, d. h. bei der Prüfung durch die Universitätsprofessoren, nur blamieren. Stellen wir uns vor, wir hätten über die akademische Lehrbefähigung etwa der Herren Boehm-Bawerk, Schumpeter, Wendtner, Hammacher, Schulze-Gaebert usw. usw. zu entscheiden. Wir müßten nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, daß sie zwar viel gelernt und gearbeitet haben, daß sie aber dessen ungeachtet Konfusion in den Gehirnen ihrer Hörer anrichten würden. Es ist nur natürlich, daß diese Herren ebenso über uns urteilen. Wissenschaftliche Ehrlichkeit und Gründlichkeit wird Herr Professor Weber wohl auch unserer Seite nicht abstreiten wollen.

Nun sind aber die Vertreter der bürgerlichen Weltanschauung heute im Besitz der Universitäten, und es ist daher von ihrem Standpunkte aus ganz begreiflich, daß sie die Schulen vor dem Einfluß von Lehren zu bewahren suchen, die ihnen verfehlt und unzulässig erscheinen.

Das rechtfertigt allerdings durchaus nicht, daß die Regierung dem Privatleben und den privaten Anschauungen der Dozenten nachschmüffelt und z. B. einen glänzenden Physiker deshalb vom Lehramt verjagt, weil er Sozialdemokrat ist. Wundert wird sich aber darüber nur der Köhler, der in der Mission gefangen ist, daß unser Staatswesen zur Förderung der Kultur da ist und nicht zum Schutze des Geldsacks.

Die Komplizen!

Notgedrungen hat sich die reaktionäre Presse zum Fall Bruhn äußern müssen. Ungern und zögernd, denn Bruhn ist ein ausgezeichnete Mann und die „Wahrheit“ ist ein nationales Blatt, an der das preussische Eisenbahnministerium, also man höchst sittlichen Abscheu vor jedem sozialdemokratischen Blatt empfindet, keinen Fehl entdecken kann. Meist stellt sich die ehrenwerte Presse der Rechten, die jede Lüge über Sozialdemokraten unbedenken aufnimmt, als sei es ihre Pflicht, in Sachen Bruhn noch kein Urteil abzugeben, so lange das Gericht noch nicht gesprochen habe. Wenn das Gericht den Herrn Bruhn der Erpressung schuldig findet, dann will die „Deutsche Tageszeitung“ natürlich auch fordern, daß er sein Mandat niederlege.

Das Blatt Derleis, das zuzeiten beinahe ebenso rührende Vustagsartikel zu schreiben weiß wie der verflozene Freiherr v. Hammerstein, stellt sich da wieder einmal dümmel, als es ist. Aus wohlwollender Absicht natürlich. Es will seinen Lesern suggerieren, daß vor dem Bekanntwerden seiner Erpressungsgeschichten nichts an Herrn Bruhn zu tadeln gewesen sei und daß außer den Beschuldigungen auf Erpressung nichts gegen diese Stütze von Thron und Altar vorliege. So wird die Erkenntnis zu verhindern gesucht, daß die Antisemiten in besonderer und die Parteien der Rechten im allgemeinen ebenso wie die preussische und die Reichsregierung die Mitschuldigen daran sind, daß der Herausgeber eines ausgesprochenen Standaiblattes, daß ein Ausbeuter fremden Unglücks und fremder Schande, daß ein Spekulant in „Enthaltungen“, der ein Geschäft daraus machte, Familien- und Privataffären, die die Öffentlichkeit nichts angehen, auf den Markt zu zerren, daß ein solcher Mann deutscher Gesetzgeber bleiben, daß er auf den Vätern der Rechten sitzen, daß er als „staatsverhaltendes Element“ sich vor der Öffentlichkeit erheben konnte. Wenn es den Herren Antisemiten mit dem, was sie ihre sittlichen Grundfeste nennen, ernst wäre, so hätten sie schon seit Jahren von Herrn Bruhn ganz entschieden abriden müssen. Denn sie stellen sich doch stets als die Hüter des Familienlebens vor den Angriffen einer verderbten Presse hin, so gerieren sie sich doch als die strengsten Gegner der Standalpresse. Auf ihr Vortreiben sind doch in die Strafgesetzbuch-Novelle die Anordnungen gelangt, die der Presse ohne Unterschied zugebracht sind, auf ihr Vortreiben doch die famose Bestimmung, daß der Wahrheitsbeweis in Beleidigungsprozessen ausgeschlossen sein soll, wenn der Gegenstand der Beleidigung eine Privatangelegenheit sei, die die Öffentlichkeit nicht interessiere. Und sowohl Antisemiten wie Konservern haben diese Bestimmungen — die bössartige Kautschudinger sind, viel gefährlicher für die ansässige oppositionelle Presse als für die „monarchische“ Erpresserpresse — im Reichstag verteidigt und begrüßt. Herr Werner von derselben antisemitischen Fraktion, der Herr Bruhn als Hospitant angehört, rechtfertigte in seiner Rede ganz besonders diese Paragraphen, weil der Standalpresse entgegengetreten werden müsse. Er sagte das, ohne zu erörtern beim Hinblick auf seinen Bantnachbarn, er sagte das, obgleich ihm von links zugerufen wurde: Die „Wahrheit“, die „Wahrheit!“ Keiner der Abgeordneten der Rechten hatte das Reinlichkeitsbedürfnis, den Herausgeber der „Wahrheit“ abzuschütteln. Keiner!

Herr Bruhn gibt sein Standaiblatt seit Jahren heraus. Wer das Blatt nur einmal in der Hand gehabt hat, weiß, was für ein ekles Ding es ist. Die Konservern, diese Sankt George, die die schlechte Presse, die Standalpresse erlegen wollen, um das Familienleben zu schützen, hat das nicht gehindert, den Herrn Bruhn im Jahre 1907 als nationalen Mann wieder in den Reichstag zu helfen. Und der Herr behielt seinen Einfluß an amtlicher Stelle. Zwei Redakteure der „Wahrheit“ werden auf seine Verwendung hin begnadigt.

Es gibt Mitschuldige im Falle Bruhn. Es sind die Leute und Parteien und amtlichen Stellen, die im Gegensatz zu ihren sonstigen strengen Anschauungen über die Standalpresse den Herausgeber der „Wahrheit“ geduldet und gedeckt haben! Diese Mitschuldigen sind die Reformern genannten Antisemiten, bezw. ihre Reichstagsfraktion in erster Linie, die Parteien der Rechten und die preussisch-deutsche Regierung und ihre Behörden in kaum minder starkem Maße!

Diese Stellen sollen uns lieber sagen, weshalb sie den Bruhn und die „Wahrheit“ toleriert haben! Was der Deutsche Antisemitentum getan hat, das interessiert die Öffentlichkeit wenig, allbeiwil dieser Bund der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt ist und es ziemlich gleichgültig ist, was seine einige Väterdugend Mitglieder beschließen. Immerhin, wenn dieser Bund in der „Deutschen Tageszeitung“ erklärt, daß er bereits seit Jahren wegen der Ueberaus vermerkten Tendenz der „Wahrheit“ jegliche Beziehungen zu Bruhn gelöst habe, daß er Herrn Bruhn nach vergeblichen ersten Vorhaltungen aus seinen Listen gestrichen habe, so läßt diese Tatsache das mangelnde Reinlichkeitsgefühl derer, die bis jetzt mit Herrn Bruhn Beziehungen unterhielten, um so mangelhafter erscheinen!

Und deshalb ist der Fall Bruhn eine Bloßstellung nicht bloß des Herausgebers der „Wahrheit“, sondern auch des Antisemitismus und der ganzen Reaktion und ihrer Regierung, die solchen anrüchigen Spießgesellen in ihrem Lager duldeten, weil er unter Umständen als Bravo gegen den Umsturz zu gebrauchen war, weil er „monarchisch“ und „patriotisch“ ist!

Ferrers Erschießung.

Das spanische Mönchstum hat seinen Willen durchgesetzt: Ferrer ist gestern (Mittwoch) morgen um 9 Uhr in den Gräben der Bergfestung Montjuich bei Barcelona erschossen worden. Der Telegraph meldet darüber:

Barcelona, 13. Oktober. Ferrer, der heute vormittag 9 Uhr erschossen worden ist, wurde gestern Abend in die Kapelle der Burg gebracht. Er verlangte nach seinem Verteidiger, der mehrere Stunden bei ihm verbrachte. Ferrer bewahrte vollkommene Ruhe; nur einmal, als er mit seinem Verteidiger sprach, wurde er von Erregung ergriffen. Es waren Sicherheitsmaßregeln getroffen. In der Umgebung der Burg und auf den Abhängen hatten sich jedoch nur 40 bis 50 Personen eingefunden. Kundgebungen ereigneten sich nicht. Mit der Urteilsvollstreckung war eine Abteilung Infanterie beauftragt. Nur zwei Mönche standen Ferrer bei; die Sakramente wies er zurück.

Barcelona, 13. Oktober. Das Kommando bei der Erschießung Ferrers führte der General Escrivá; die Soldaten waren aus der Garnison der Festung Montjuich durch das Los bestimmt worden. Ferrer stand im Augenblick der Urteilsvollstreckung aufrecht mit verbundenen Augen. Er hat in Gegenwart eines Notars sein Testament gemacht, dessen Inhalt aber noch nicht bekannt ist.

Der Justizmord ist vollbracht. Das feige Ministerium unter des ehemaligen Liberalen Maura gewissenloser Führung hat sich dem Nachberufen des spanischen Klerus gefügt und die geist- und willenlose Marionette auf dem spanischen Thron hat das Urteil des Kriegesgerichts sanktioniert. Alle Protestkundgebungen in den großen Städten Westeuropas haben den spanischen Ministerrat völlig kalt gelassen. Wichtiger als die Verachtung des Auslandes blühte den spanischen Nachbarn die Unterstützung des einheimischen Klerus. Seelenruhig hat am Dienstagabend das Ministerkollegium das Barceleoner Kriegesgerichtsurteil in einer Sitzung geprüft und entschieden, daß keine genügenden Gründe vorlägen, die eine Begnadigung Ferrers durch den König rechtfertigten. Sofort wurde dieser Beschluß nach Barcelona gemeldet und darauf nach Andbruch des Tages das Urteil vollzogen.

Welche Opfer werden folgen? Der Wuldburst des durch den Mönchstum in Barcelona erschreckten Klerus verlangt nach weiteren Hinrichtungen. Er hält nach dem alten Rezept des Herzogs Alba die Ruhe des Kirchhofes für die dem spanischen Volke allein zuträglichste Verfassung und glaubt durch den blutigen Schrecken die Gessier vom Ansturm gegen seine Herrschaft zurückhalten zu können. Noch schmachten an 1200 Gefangene, die man während und nach den Unruhen in Barcelona aufgegriffen hat, in den Gefängnissen, und mancher von ihnen wird noch voransichtlich zur Ehre der heiligen Kirche und des Klerus in den Festungsgräben von Montjuich sein Ende finden, mancher, der noch weniger schuldig ist als Ferrer.

Turin, 13. Oktober. Als Protest gegen die Verurteilung Ferrers wurde gestern der Generalstreik für heute beschloffen, an dem sich ziels 50 000 Personen beteiligen dürften. Vor dem spanischen Konsulat fanden Kundgebungen statt. Die Polizei mußte wiederholt einspringen.

Rom, 13. Oktober. In ganz Italien finden große Kundgebungen für Ferrer statt. In Turin, Mailand, Cortona und Verona wurden gestern Volksversammlungen für Ferrer abgehalten. Ähnliche Demonstrationen werden in Bologna, Genua, Perugia und Florenz veranstaltet. Der Deputierte Barzilai hat in der Kammer eine Interpellation eingebracht, in welcher gefragt wird, ob Italien, den obersten Gesetzen der Humanität gehorchend, sein Wort eingelegt habe für die Rettung eines Unschuldigen.

Rom, 13. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die durch Extrablätter verbreitete Nachricht über Ferrers Erschießung wurde zunächst mit Unglauben, dann mit ungeheurer Entrüstung aufgenommen. Die Stadtfahne auf dem Kapitol weht halbmaß. Heute Abend findet eine große Protestdemonstration statt. Der Genueser Hafen boykottiert spanische Schiffe. Die spanischen Gesandtschaften werden militärisch bewacht. Der Abscheu äußert sich allgemein außer in der literarischen Presse.

Rom, 13. Oktober. Anlässlich der Hinrichtung Ferrers wurden auf den Gebäuden der sozialistischen Vereine und Zeitungen Trauerfahnen gehißt. Mehrere Blätter sprachen sich in heftiger Weise über die Hinrichtung aus. In Bologna wurde heute nachmittags eine Versammlung abgehalten, in der mehrere Redner gegen die Hinrichtung Ferrers protestierten. Nach der Versammlung versuchten die Teilnehmer vor das spanische Konsulat zu ziehen, wurden aber von der Polizei auseinandergetrieben. Einige Personen wurden verhaftet. — In Turin wurde von einer Versammlung eine Tagesordnung angenommen, die gegen die Hinrichtung Ferrers protestiert. Nach der Versammlung zogen mehrere tausend Personen nach dem Stadthaus, um dem Bürgermeister die Tagesordnung zu übergeben, und darauf nach dem Garibaldi-Denkmal, wo mehrere Redner sprachen. — In Genua versuchte eine Volksmenge vor dem spanischen Konsulat zu protestieren, wurde aber auseinander getrieben. Die Hafnarbeiter in Genua haben die Arbeit eingestellt. Die Rechtsanwälte in Genua haben ebenfalls eine Tagesordnung angenommen, in der gegen die Hinrichtung Ferrers protestiert wird. In mehreren Städten der Provinz Genua haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Oktober 1909.

Die nationalliberal-freisinnig-agrarische Koalition in Koburg.

Es ist entschieden: der Freisinn tritt in Koburg für den nationalliberalen Kandidaten ein. Die Koburger „Freisinnige Presse“ gibt die Parole aus, daß alle freisinnigen Wähler, die im ersten Wahlgange den Fabrikanten Arnold gewählt hätten, bei der Stichwahl ihre Stimme für Quard abgeben müßten. Und die freisinnige Parteileitung in Berlin ist mit dieser Parole, wie nicht anders erwartet werden durfte, völlig einverstanden. Die „Freisinnige Zeitung“ verlangt dringend die Unterstüßung des nationalliberalen Kandidaten, der gleichzeitig der Kandidat des Bundes der Landwirte ist. Das freisinnige Organ schreibt:

„Der Vorwärts“ bezeichnet die Ansichten für die sozialdemokratische Partei als die allergünstigsten und gibt die Parole

aus, daß der Koburger Wahlkreis in der Stichwahl erobert werden muß.

Wie weit die sozialdemokratischen Hoffnungen erfüllt werden, wird man abwarten müssen, nach Lage der Sache und nach unserer Kenntnis von der Stimmung der Wähler, ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der national-liberale Kandidat in der Stichwahl durch die freisinnigen Kräfte unterstügt werden wird. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß ungefähr 3000 Wähler ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, da die Sozialdemokraten ihre sämtlichen Anhänger gleich zu der ersten Wahl herausgeholt haben und nennenswerte Referden nicht mehr besitzen, so muß es bei energischer Kleinarbeit gelingen, noch für den bürgerlichen Kandidaten eine stattliche Anzahl von Wählern mobil zu machen.

Wir werden also in Koburg die Nationalliberalen mit dem Freisinn und dem Bund der Landwirte geschlossen gegen uns finden. Um so mehr gilt es, alle Kräfte einzusetzen. Koburg ist zu gewinnen — und es muß gewonnen werden.

Wahlrechtsdrückberger.

Zentrum und Freisinn sind sich wegen der preussischen Wahlreform in die Haare geraten. Beide möchten sich den Anschein geben, als ob sie nichts Schnlicheres wünschten, als eine Demokratisierung des preussischen Wahlrechts. Und beide suchen um die Wette nach Vorwänden, um nur ja nicht ernstlich für die Demokratisierung des Wahlrechts einzutreten zu müssen.

Die „Königliche Volkszeitung“, neben der „Germania“ das führende Organ des Zentrums, versucht dem Freisinn die Demokratisierung des preussischen Wahlrechts, von der ja das Zentrum in Wirklichkeit gar nichts wissen mag, dadurch zu vereiteln, daß sie die Umgestaltung des Landtagswahlrechts gleichzeitig mit einer Demokratisierung des kommunalen Wahlrechts verbunden wissen will. Die „Königliche Volkszeitung“ verlangt, daß „ganze Arbeit“ gemacht werde, daß man mindestens in den Städten zugleich mit dem Landtagswahlrecht auch das Kommunalwahlrecht geändert werde.

Der Freisinn hat natürlich ganz recht, wenn er dies ultramontane Drängen auf ganze Arbeit nur für einen arglistigen Trick erklärt, um die preussische Wahlreform zu verschleppen und zu vereiteln. Denn daß das Zentrum in Wirklichkeit von einer demokratischen Umgestaltung des preussischen Wahlrechts nichts wissen will, hat es ja am deutlichsten dadurch bewiesen, daß es seinerzeit gegen die Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt hat! Gerade der sozialdemokratische Redner hat ja im Landtage diese perfide Haltung des Zentrums besonders festgenagelt. Auf der anderen Seite freilich soll sich der Freisinn aber auch nicht darüber wundern, daß das Zentrum zur Beschönigung und Verschleiierung seiner Feindschaft gegen eine wirkliche Wahlreform den Freisinn zu seinem Mitschuldigen zu machen sucht, indem es die Bedingung stellt: Keine staatliche Wahlreform ohne kommunale Wahlreform! Jedenfalls hat der Freisinn keine Ursache, sich über die wahlrechtsfeindliche Haltung des Zentrums zu entrichten, so lange er selbst auf dem Gebiete des kommunalen Wahlrechts eine ebenso reaktionäre Haltung vertritt, wie er sie dem Zentrum in Bezug auf das Landtagswahlrecht nachjagt!

Wenn Freisinn und Zentrum sich gegenseitig wegen ihrer Heuchelei in der Frage des Wahlrechts beschuldigen, so haben sie beide recht! Der Freisinn hat darin recht, daß das Zentrum von der demokratischen Umgestaltung des preussischen Wahlrechts im Grunde nichts wissen will, weil es ja schon auch bei dem heutigen standalösen Wahlrecht seine Fraktionsinteressen durchaus gewahrt sieht. Umgekehrt aber hat auch das Zentrum durchaus recht, wenn es dem ein demokratisches staatliches Wahlrecht heischenden Freisinn vorwirft, daß er selbst gar nicht daran denke, seine Herrschaft in den Kommunen dadurch preisgeben zu wollen, daß er auch für ein demokratisches Wahlrecht in den Gemeinden eintrete!

Zentrum und Freisinn sind eben einander ebenbürtig an politischer Heuchelei! Sie wollen beide von einer wirklichen Durchführung der Demokratie nichts wissen!

Neue Ueberschreitungen des Flottenetats.

Im „Berliner Tageblatt“ wird darauf hingewiesen, daß sich die Kosten für unsere Linienschiffe ständig verteuern. Die Schiffe, die im Jahre 1900 bei der Bewilligung des Flottengesetzes erst mit einigen 20 Millionen in Anschlag gebracht worden waren, wurden im Jahre 1906 infolge des internationalen Wettbewerbes in bezug auf Displacement und Armierung bereits auf 36,5 Millionen Mark berechnet. Jetzt aber sollen bereits nach Mitteilungen aus zuverlässiger Quelle die Kosten jedes Schiffes auf 42 Millionen gestiegen sein. Und das, trotzdem unsere Linienschiffe eine geringere Maschinenekraft besitzen und mit schwächeren Kanonen ausgestattet sind, als die englischen Linienschiffe, die etwa 6 Millionen billiger sind. Das „Berl. Tagebl.“ behauptet, daß namentlich im Preise der Kanonen ein Grund der größeren Kostspieligkeit unserer Linienschiffe liegen soll. Jedenfalls werde der Effekt der sein, daß sich die Ausgaben für unsere Marine um 22 Millionen Mark pro Jahr erhöhen!

Nach dem Flottengesetz vom Jahre 1900, das angeblich die Ausgaben für unsere Flottenrüstungen bis zum Jahre 1917 hinaus festlegen sollte, sollten im Jahre 1910 die Gesamtausgaben für die Marine 265 Millionen betragen. Nach dem Voranschlag im Etat für 1908 sollten sie 441 Millionen betragen, also nur (!) 176 Millionen mehr! Rechnen wir dazu noch das vom „Berliner Tageblatt“ ermittelte Plus von 22 Millionen, so ergibt sich die Mehrausgabe für ein einziges Jahr von nicht weniger als 200 Millionen Mark!

Ausgehaltene Wissenschaft.

Auf dem Leipziger Hochschullehrertag ist gestern eine für den Einfluß der Großindustrie recht charakteristische interessante Geschichte erzählt worden. Wie der Heidelberger Professor Max Weber ausplauderte, hat der Zentralverband deutscher Industrieller versucht, durch ein Geldangebot den sächsischen Kultusminister zu bestimmen, eine von den Großindustriellen begünstigte Persönlichkeit, allem Anschein nach einen Nationalökonom, an der Leipziger Universität als Honorarprofessor unterzubringen. Dieses Streben, auf die Katheder der „voraussetzungslosen“ Wissenschaften Leute zu befördern, die wissenschaftlich die volle Berechtigung eines möglichst hohen agrarischen oder industriellen Profites nachweisen, ist nicht neu; bekanntlich haben auch, wie der Prozeß Kuhlman gegen Biermer enthüllt hat, die verwegenden Agrarier einst versucht, ihrem großen wissenschaftlichen Talglicht, dem Professor Kuhlman, einen Universitätsstuhl zu verschaffen. Neu ist nur, daß das sächsische Kultusministerium dieses unverschämte, durch Geldzusicherungen unterstützte Ansuchen nicht kurzweg von der Hand gewiesen hat, sondern diese Zumutung tatsächlich an

den Senat der Leipziger Universität weitergegeben hat. Erst nachdem der Senat sich gegen die Ausprägung des industriellen Tendenzprofessors verwahrt, wurde der Zentralverband deutscher Industrieller mit seinem Angebot abgewiesen. Der Leipziger Strafrechtslehrer Prof. Bindung berichtete darüber gestern:

„Der Vorkredner hat den Versuch erwähnt, uns in Leipzig einen Tendenzprofessor aufzuhängen. Es war eine bestimmte Interessengruppe an das Kultusministerium herangetreten und hatte ihm 30000 Mark zur Verfügung gestellt, wenn es einen Tendenzprofessor hierher nach Leipzig genehmigen würde. Das wäre auch eine Hohlitation. Sie wurde vom Kultusministerium an den Senat gebracht und der Senat hat einstimmig mit Entrüstung eine solche Zumutung zurückgewiesen. Das muß so sein, wir können keinen Tendenzprofessor brauchen, auch wenn die Leute sonst sehr anständig sind.“

Der Vorfall liefert eine hübsche Illustration zu dem Gebete von der „voraussetzungslosen“ Wissenschaft an den Universtitäten.

Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter.

Im Auftrage ihrer Verbände suchten die beiden Vorsitzenden der Tabakarbeiterverbände, Karl Reichmann für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband und A. von Elm für den Verband der Zigarrensortierer und Ristenbekleber Deutschlands, um eine Audienz bei dem Reichsschatzsekretär nach. Der Reichsschatzsekretär empfing die Genannten am Dienstag, den 12. Oktober. Die Audienz währte eine Stunde.

Die Gewerkschaftsvertreter eruchten zunächst um beschleunigte Erledigung der eingereichten Unterstützungsgesuche der durch die Tabaksteuer geschädigten Tabakarbeiter. Der Reichsschatzsekretär erklärte, den einzelnen Zollamtsbezirken, in denen bisher die Unterstützungsgesuche sehr langsam erledigt wurden, eine schnelle Erledigung anempfehlen zu wollen. Bezüglich der Erörterung einzelner Beschwerden über Handhabung der provisorischen Ausführungsbestimmungen bezwies der Reichsschatzsekretär die Gewerkschaftsvertreter an den Geheimrat Meusel, der sich dann in einer zweifelhafte Unterredung eingehend über die jetzige Handhabung der Ausführungsbestimmungen Bericht erstatten ließ und eine wohlwollende Prüfung der vorgetragenen Wünsche zusagte.

Zur weiteren Erörterung der Unterstützungsfrage wurde vom Reichsschatzsekretär eine Konferenz angesetzt. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten sich bereit, an der Konferenz teilzunehmen und hielten es für wünschenswert, wenn auch Vertreter des christlichen und des Hirsch-Düncker'schen Tabakarbeiterverbandes hierzu eingeladen würden. Die Konferenz soll in nächster Woche stattfinden.

Wie weit die Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe um sich greift, zeigt die Tatsache, daß bisher bei dem Bezirksamte des kleinen badischen Städtchens Wiesloch, wie von dort gemeldet wird, nahezu 1200 Unterstützungsgesuche arbeitsloser Tabakarbeiter und Arbeiterinnen eingegangen sind.

Rebellion im Zentrumslager.

Aus Köln wird uns geschrieben:

In Köln-Sülz fand vorgestern eine vom Volksverein für das katholische Deutschland einberufene Versammlung statt, die sich mit der Finanzreform und den neuen Steuern befaßten sollte. Von den 400 Mitgliedern des dortigen Vereins waren nach einstündiger Verspätung nur 80 erschienen. Der Hauptredner war einer der lebenden Phonographen aus der Münchener-Graben-Schule. Kein neuer, kein eigener Gedanke! Der Redner schämte sich sogar nicht, das Sprüchlein von den „schon übermäßig belasteten Reichen“ herzusagen, die bei weiteren direkten Steuern das Vaterland verlassen würden. Diese Ausführungen waren selbst den Arbeiteranhängern des Zentrums offensichtlich zu albern. Einer von ihnen fragte, ob über die Steuern diskutiert werden dürfe. Der Vorsitzende antwortete mit einem glatten Nein. Einem anderen katholischen Arbeiter wurde das Reden dennoch gestattet. Er führte aus:

Die Unzufriedenheit der Arbeiter in den Orten am benachbarten Vorgebirge sei ungeheuer; demonstrativ wendeten sie sich vom Zentrum ab. Ihn persönlich hätten mindestens zwanzig gute Katholiken gefragt, daß sie bei der nächsten Reichstagswahl sozialdemokratisch stimmen wollten. Es sei unbedingt nötig, in allen Orten die Leute durch Versammlungen „zur Ruhe zu bringen“!

Die von dem Redner erwähnten Orte am sogenannten Vorgebirge sind durchweg Dörfer, in denen die Sozialdemokratie ohne jeden Rückhalt ist. Das Zentrum herrscht dort unbeschränkt. Im Gegensatz zu der Antizollbewegung vom Jahre 1901 und 1902, bei der sich eine mächtige Opposition gegen den Wrottaucher des Zentrums in dessen eigenen Reihen bemerkbar machte, äußert sich diesmal die Unzufriedenheit der katholischen Arbeiter mehr durch Passivität. Sie bleiben den Versammlungen und den etwaigen Wahlen (siehe die Reichstagswahl in Koblenz-St. Goar) fern. Das rührt daher, daß das Zentrum seit den schlimmen Erfahrungen mit der Antizollbewegung in den eigenen Reihen systematisch dazu übergegangen ist, alle Leute innerhalb der kirchlichen Arbeiterbewegung, die ihn durch ihre Intelligenz oder ihre Oppositionslust un bequem werden könnten, kalt zu stellen, indem es sie — warm setzte, das heißt, ihnen Pöbeln und Mandäthen verschickte. Die Mehrzahl der Opponenten von vor sieben Jahren sitzt heute in Stadtverordnetenrathen, Sekretäre- und sonstigen Stellen beim Zentrum, den Zentrumsgewerkschaften usw. So kommt es, daß den unzufriedenen Zentrumarbeitern heute die Redner und Führer fehlen.

Triolen-Trio.

Leitende, frohsinnige gebildete junge Dame, Anhängerin der Vorkrednungen dieser Zeitschrift, als Gesellschaftsleiterin in vornehmem Saale gesüßt. Offerten mit Bild usw. unter „Triole“ postlagernd Hamburg 36.

— also war's, wie jetzt noch nachträglich bekannt wird, zu lesen in der Juli-Nummer von „Kraft und Schönheit“ der Monatschrift des Vereins für Körperkultur.

Eine ähnliche Anzeige wurde neulich aus der „Jugend“ ausgegraben und die Dame, bei der Schick schließlich an die Unrechte kam, sollte ja auch unter „Triole“ postlagernd Hamburg 36 von sich hören lassen!

Damit haben wir ein Trio von „Triole“-Chiffren, gegen das „der edle, kraftvolle Hengst“ mit tausend Schwärzen nicht ankommen wird.

Oesterreich.

Epraggesetze.

Wien, 13. Oktober. In den Landtagen von Nieder-Oesterreich, Ober-Oesterreich, Salzburg und Goralberg wurde gestern der angekündigte Sprachen-Gesetzesentwurf eingebracht. Die tschechische Partei des böhmerischen Landtages beschloß, gegen diesen Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen.

England.

Konstitutionelle Beschwerden!

Das Verhandeln des Königs mit den Führern der rebellierenden Landlords, das

durch Audienzen der Minister öfter unterbrochen wird, hat auf zwei Seiten Bedenken herbeigerufen, auf der rechten und der linken. Der rechte Flügel der Liberalen zieht zu diesen Bestrebungen Eduards, einen Vergleich zwischen den Lords und den Liberalen zustande zu bringen, gar nicht sauer, denn den Leuten dieses Flügels ist solcher Vergleich, und wenn er den Budgetplan auch ein gut Stück rückwärts revidieren würde, weit lieber als ein Kampf gegen das Oberhaus, der zu einer von ihnen durchaus nicht gewünschten Demokratisierung der englischen Verfassung führen müßte. Anders aber die Konservativen, die da fürchten, daß ihre Führer sich breit schlagen lassen könnten. Die „Daily Mail“ schreibt wütend, daß der Plan dieser Audienzen offenbar vom Minister Asquith ausgehe, der so die Pläne der Konservativen zu erfahren hoffe. Die übrige konservative Presse äußert sich ähnlich. Gleichzeitig führte das Mitglied der Arbeiterfraktion, der Abgeordnete Philipp Snowden, in einer Rede in B. A. B. Burne folgendes aus:

„Die Nachricht, daß der König Valfour und Landsknechte empfangen hat, hat mich außerordentlich betrübt. Der König ist populär, allein populäre Könige bedeuten eine größere Gefahr für die Demokratie, als Despoten. Die Krone hat sich Rechte angemaßt, die seit Georg III. nicht ausgeübt worden sind. Nach der Verfassung hat der König von den Ministern Rat anzunehmen, nicht aber ihnen Rat zu erteilen. Das Haus der Lords ist in unserer modernen Zeit ein verächtlicher, beleidigender Anachronismus. Die Gewalt des erblichen Königs kann aber unter Umständen so angewendet werden, daß das Königtum für unsere Entwicklung eine noch viel schlimmere Gefahr bedeutet als die Peer-Kammer.“

Uebrigens beteuern die konservativen Blätter, daß die Lords nicht nachgeben und die Liberalen rebanchieren sich mit der Erklärung, auf liberaler Seite habe man ein Kompromiß befürchtet, aber Asquith sei keinen Zoll breit zurückgewichen und habe die Krise zermalmt.

Spanien.

Neue Kämpfe im marokkanischen Rifgebiet.

Melilla, 13. Oktober. Die Marokkaner überraschten zwölf spanische Soldaten, die von Ormelahak ausgezogen waren, um Wasser zu holen. Acht Spanier wurden getötet.

Finnland.

Russen als finnische Senatoren!

Aus Petersburg wird der „Voss. Zig.“ gemeldet: Infolge der Unmöglichkeit, einen neuen finnischen Senat nach dem Willen der russischen Regierung zu bilden, unterhandelt jetzt der finnische Generalgouverneur mit mehreren russischen Staatsbeamten über ihre Ernennung zu finnischen Senatoren. Als Vizepräsident des Senats ist anscheinend Gymnasialdirektor Semenov in Aussicht genommen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Die Anstellung eines Parteisekretärs sowie die Einführung eines Extrabeitrags von zehn Pfennigen pro Vierteljahr ist im 17. hannoverschen Wahlkreise (Sarburg) durch Urabstimmung beschlossen worden.

Bildungsbeschwerden in Gera.

Der Bildungsausschuß für Gera (Neuß j. L.) und Umgegend hat im vorigen Jahre eine ständige Bildungsschule errichtet, die am 19. Oktober dieses Jahres ihren zweiten Halbjahreskursus eröffnen wird. Lehrer sind die Genossen Redakteur Leven (Geschichte des Sozialismus), Redakteur Drechsler (Naturwissenschaft), Arbeitersekretär Franke (soziale Gesetzgebung). Jeder Teilnehmer zahlt 1 M. und darf nur einen Kursus besuchen. Insgesamt haben sich 80 Teilnehmer gemeldet.

Das Gewerkschaftskartell für Gera (Neuß) und Umgegend hat zum Brauntweinbott Stellung genommen und alle Arbeiterorganisationen aufgefordert, energisch für die Durchführung des Parteitagbeschlusses zu sorgen und besonders in den Versammlungen dafür Propaganda zu machen.

Soziales.

Handarzt und Vertrauensarzt.

Eine Illustration zu der Berechtigung des weit verbreiteten Mißtrauens der Angestellten gegen die Vertrauensärzte größerer Geschäftsunternahmen bot eine Verhandlung in der letzten Sitzung der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. In dieser kam es zu einem scharfen Konflikt zwischen dem Hausarzt des Handlungsgeschäfts und dem Vertrauensarzt der belagerten Firma. Der bei der „Deutschen Gas- und Wasserwerke“ beschäftigte Kläger Alfred W. erkrankte. Der ihn behandelnde Arzt Dr. Hirsch stellte auf Grund des objektiven Befundes einen Lungenkatarrh fest und attestierte ihm seine Arbeitsunfähigkeit. Der auf Veranlassung der Firma in die Wohnung des kranken Arztes gefandte Vertrauensarzt der Gesellschaft, Sanitätsrat Dr. Rode, bemühte sich, nach dem Besuch sich mit Dr. H. telephonisch ins Einvernehmen zu setzen, dieser lehnte aber eine Auseinandersetzung über den Fall per Telephon ab. In der Verhandlung kam es nun zwischen den beiden als Gutachter geladenen Ärzten zu lebhaften Kontroversen. Der Vertrauensarzt kritisierte den von seinem Kollegen angewandten Ausdruck Lungenkatarrh. Er meinte, es gäbe keinen Lungenkatarrh, denn die Lunge habe keine Schleimhäute. Er versicherte nicht, wie Dr. H. einen so unwissenschaftlichen Ausdruck gebrauchen könne. Von all den Sachen, die Dr. H. attestierte hat, habe er nichts gesehen. Kräfte aber der Befund zu, dann hätte Dr. H. Lungen-Tuberkulose beschreiben müssen. Diesem Gutachten des Vertrauensarztes trat der Hausarzt des Klägers Dr. Hirsch mit Entschiedenheit entgegen. Dieser Art Atteste sei nicht für den Fachmann, sondern für den Laien bestimmt und es wäre außerordentlich inhuman, den Patienten durch die Bescheinigung von „Tuberkulose“ in Angst und Schrecken zu versetzen. Es sei in der Krankenpraxis z. B. allgemein üblich und geschähe täglich hunderte Male, daß das vermeintlich „unwissenschaftliche“ Wort „Lungenkatarrh“ angewandt werde. Andererseits müsse aber er, Dr. H., es als unwissenschaftlich bezeichnen, daß ein Arzt schon nach einmaliger Untersuchung die Diagnose stelle. Er, der die Krankheit des Klägers schon länger kenne, müsse seinen Befund voll und ganz erhalten. Sanitätsrat Dr. Rode mußte schließlich zugeben, daß er bei Krankenpatienten auch den Ausdruck „Lungenkatarrh“ anwende!

Da die Befragte nachweisen konnte, daß der Kläger schon bei Antritt krank war, wurde er mit seinem Anspruch auf rechtliches Gehalt abgewiesen.

Städtisches Osttal.

Die Stadt Dresden war neben Vauban die einzige sächsische Stadt, die noch eine städtische Verbrauchsabgabe auf eingeführte Lebensmittel erhob. Vom 1. Januar 1810 ab ist das nicht mehr möglich. Der Rat hatte als Ersatzmittel eine Erhöhung der städtischen Biersteuer und eine Wertzuwachssteuer sowie eine Erhöhung der städtischen Viehwechsellahnde vorgesehen. Durch die Annahme der Reichsfinanzreform ist diese städtische Finanzreform unmöglich geworden. Der Rat will nun eine Lücke im Gesetz benutzen, die Eingangsgabern auf Fische, Wild und Geflügel beibehalten und außerdem eine Erhöhung der städtischen Einkommensteuer um 12 Proz. vornehmen.

Gewerkchaftliches.

Europäische Gewerkschaftsführer gegen Mr. Gompers.

New York, 3. Oktober. (Fig. Per.) Während Samuel Gompers seine „Studien“reise durch Europa machte, weilten — wie der „Vorwärts“ schon mitteilte — die Genossen Hermann Müller, Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Vorsitzende Otto Sillier des Deutschen Lithographen- und Steinbruderverbandes und der Verbandsvorsitzende Karl Mühlberger der Oesterreichischen Lithographen- und Steinbruder-Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten, um sich über die hiesigen Gewerkschaftsverhältnisse zu orientieren und die amerikanischen Arbeiterverhältnisse kennen zu lernen. Ueber ihre hier gesammelten Erfahrungen und über die Gewerkschaftsbewegung haben und drüben sprachen die drei Genossen in einer öffentlichen Versammlung, die vorgestern in New York stattfand. Da ihre Aeußerungen so grundverschieden sind von dem, was Gompers in Europa erzählte, und sich so ganz und gar nicht mit den Ansichten decken, die vereinzelte „fachverständige“ Parteigenossen über die Stellung Gompers und der Föderation of Labor zur sozialistischen Partei und umgekehrt zum besten zu geben sich berufen fühlten, verdienen sie hier eine auszugswaie Wiedergabe.

Genosse Müller sagte unter anderem über die deutsche und österreichische Gewerkschaftsbewegung: „Das hier vielleicht richtig ist, kann draußen falsch sein. Aber sicher ist, wenn die jetzige Taktik der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung fortgeführt wird, wird dadurch die amerikanische Arbeiterbewegung geschädigt. Unsere Gewerkschaften sind nicht so alt wie die hiesigen, aber sie sind fortschrittlicher. Sie fahnen festen Fuß, nachdem die sozialdemokratische Partei bereits bestand. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ging eine ganz andere Bahn wie die amerikanische, sie ging die Bahn, welche ihr die Partei gezeigt hatte. Bei uns war der Sozialismus von vornherein der Wegweiser. Eine Gewerkschaft ohne Sozialismus wird sich immer in Sadgassen verirren und wird unter Umständen reaktionär werden. Eine Gewerkschaft, die von sozialistischem Geiste befeuert ist, wird das hohe Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse nie kleinlichen Berufsinteressen unterordnen, sondern jenes Ziel stets im Auge haben. Hier in Amerika ist der Sozialismus nicht neu; aber er hat leider bei weitem nicht den Einfluß, den er in Deutschland hat. Es fehlt den amerikanischen Gewerkschaften der sozialistische Geist und deshalb der weite Blick der deutschen Gewerkschaften.“

Auf die Vorleise der deutschen Industrieverbände übergehend und die Nachteile der amerikanischen Fachverbände hervorhebend, führte Genosse Müller weiter aus: „Der ungelernete Arbeiter gilt dort (in Deutschland) so viel wie der höchst qualifizierte. Dies ist so selbstverständlich, daß wir uns wundern, als wir hier erfahren, wie der ungelernete Arbeiter hier behandelt wird und daß er in die Gewerkschaft nicht aufgenommen wird. Eine derartige Taktik kann nur zur schweren Schädigung der Arbeitersache führen. Es hat sich ja in Pittsburg (Mac Kees Rocks) gezeigt, wohin die falsche Taktik des Ausschusses der ungelerneten Arbeiter führt. Woher kamen die Streikbrecher? Dort sprach ja auch ein Arbeiterführer das Wort aus: „Mögen die Ausländer verreden.“

Gompers Angaben in Berlin bezüglich der Aufnahme in amerikanischen Gewerkschaften waren nicht ganz richtig. Er sagte, wenn jemand mit einem Gewerkschaftsbuch ankommt und zeigt, daß er drüben seine Beiträge bezahlt hat, so wird er ohne weiteres in die Union aufgenommen. Ich habe gefunden, daß hier ein Eintrittsgeld von 25 bis 600 Dollar erhoben wird, um die Ausländer aus der Organisation fernzuhalten. (Damit hat Genosse Müller befalligt, was ich im „Vorwärts“ am 2. September in einer Korrespondenz über die Wahrheitsliebe des Mr. Gompers geschrieben. Der Korrespondent.) Das können wir nicht verstehen. Wir sind der Ansicht, daß dies reaktionär im schärfsten Sinne des Wortes ist. Dadurch werden die Streikbrecher geschaffen. Ich kann es den Leuten, die gerne Mitglieder der Gewerkschaft werden möchten, aber zurückgewiesen werden, gar nicht verdenken, wenn sie schließlich sagen: „Haust du meinen Juden, hau ich deinen Juden.“ Vollständig falsch ist das von den amerikanischen Gewerkschaften angewandte System, die Mitgliederlisten zu schließen. Wir wirken anders in Deutschland. Wir zahlen den Arbeitslosen Unterstützung, um sie über Wasser zu halten, auf daß sie nicht gezwungen sind, sich zu irgendeinem Preise anzubieten.“

Mit Bitterkeit bemerkte Genosse Sillier, daß es ihm, da die amerikanischen Lithographen nicht zum Internationalen Lithographenverband gehören, unmöglich war, von der hiesigen Organisation die von ihm gewünschte Auskunft über die gesamten Verhältnisse innerhalb dieses Zweiges zu erhalten. Im übrigen sprach er im gleichen Sinne wie Genosse Müller.

Interessant waren die Ausführungen des Genossen Mühlberger, der unter anderem sich also ausließ: „Wir in Oesterreich verlangen kein Glaubensbekenntnis, wenn jemand in die Gewerkschaft eintritt; aber der Gewerkschaftler wird zum Sozialisten erzogen. Hier in Amerika gibt es eigentlich keine soziale Gesetzgebung. Sie haben keine Zwangsversicherung und keine Unfallversicherung. Dieweil haben die Arbeiter hier das Wahlrecht. Wir in Oesterreich mühten es uns erlumpfen; Sie hier haben es, verstehen es aber nicht, es zu benutzen.“

In der sich anschließenden Debatte fiel manches Wort gegen Legien, dessen Stellungnahme hier allgemein befremdet hat; dagegen wurde das energische Auftreten des Oesterreichers Huber, der Gompers durchschaut und ihn demgemäß behandelt hat, belobt. Und schließlich wurde die Haltung der „New Yorker Volkszeitung“ gegenüber der faulen Gompers'schen Taktik in einer einstimmig angenommenen Resolution ausdrücklich gebilligt. Und die Genossen, die der Versammlung bewohnten, waren zumiß Gewerkschaftsmitglieder, kennen also Gompers ganz aus der Nähe. Und in der Nähe verblüht der Glorienschein, den man vielleicht von weitem um sein Haupt leuchten sieht.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Puher! Die Differenzen auf dem Bau „Wismar“, Weimarer und Schillerstraße, Charlottenburg, zwischen den Puhern und der Terrastiftungsgesellschaft sind beigelegt. Die Terrastiftungsgesellschaft hat sich verpflichtet, die Puher bei 9 M. Lohn und achtstündiger Arbeitszeit wieder einzustellen, ohne daß eine Maßregelung stattfinden darf. Ferner haben die Vertreter der genannten Firma sich verpflichtet, den Lohnausfall für Montag, Dienstag und Mittwoch voll zu zahlen und in Zukunft zur Erlangung von Arbeitskräften sich an den Arbeitsnachweis der Sektion der Puher (Gewerkschaftshaus) zu wenden.

Wir erlauben die organisierten Kollegen, auf die letzte Bestimmung betrefis Arbeitsvermittlung ein wachsamtes Auge zu haben. Mit Vorliebe nimmt auch die Firma Schumann (Vertreter der Terrastiftungsindustrie) ausländische Arbeitskräfte und bezahlt dann ungleiche Löhne. Wir erlauben die Kollegen, uns von derartigen Vorkommnissen sofort Mitteilung zu machen.

Der Sektionsvorstand.

Die Mißstände in der Glashütte Straßau

wurden dieser Tage in einer von der Zahlstelle Berlin des Fabrikarbeiterverbandes einberufenen Betriebsversammlung erörtert. Die Versammlung war gut besucht, obgleich der Betriebsleiter Wolf den ungelerneten Arbeitern persönlich verboten hatte, in die Versammlung zu gehen. Zwei Betriebsangestellte waren erschienen, nicht um ihr Wissen zu erweitern, sondern zu kontrollieren, wer in der Versammlung anwesend sei. Der Referent Ventin erläuterte in einem einstündigen Vortrage, von fürmischen Zustimmungsbewegungen unterbrochen, die Mißstände in dem Betriebe. Schon einmal sei der Versuch bei den Glasmachern gemacht worden, deren Organisation zu zerfallen; dies sei mißlungen. Trotzdem habe der Betriebsleiter Wolf dem Vertrauensmann gekündigt, weil er die Handzettel zur Versammlung verteilt hat. Die ungelerneten Arbeiter hätten am ersten Grund, sich zu organisieren, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Der Lohn der Arbeiter beträgt 25—35 Pf. pro Stunde, während eine Dividende von 10—12 Proz. an die Herren Aktionäre gezahlt werden kann. Um einigermaßen leben zu können, muß die Frau des Arbeiters mitverdienen helfen und auf der Glashütte werden Frauen und Mädchen beschäftigt zu einem Stundenlohn von 18—20 Pf. Eine Arbeitszeit von 12 Stunden ist keine Seltenheit. Die Arbeit, welche die Arbeiterinnen verrichten, ist eine der schwersten im Betriebe. Schwere Kästen mit Flaschen müssen sie weiter schaffen, auf Wagen und in Kähnen verladen. Selbst Schwangere werden zu dieser schweren Arbeit benutzt. Ein Korb wiegt 1—1½ Zentner. Die sogenannten Wascheinrichtungen spotten aller Befreiung. So dient als solche eine abgeschliffene Deringstone unter der Wasserleitung unter freiem Himmel. Einzelne Leute haben zum Waschen Kollmopsgefäße mitgebracht. Garderoben kennt man in diesem Betriebe nicht. Jedoch besteht für 400 Arbeiter eine Wodeinrichtung und sind zu diesem Zweck drei Brausen vorhanden. Das Baden ist jedoch nur nach Feierabend erlaubt. Zu bewundern ist nur, daß Polizei und Fabrikinspektion nichts von diesen Zuständen gemerkt haben. Ober gibt es für die Glashütte keine amtliche Kontrolle? Lehrlinge unter 16 Jahren werden Sonntags beschäftigt. Es ist vorgekommen, daß die Lehrlinge sieben bis acht Stunden des Sonntags gearbeitet haben. Eine Flaschenmaschine ist Tag und Nacht im Betrieb, und zwar in zweimaligem Schichtwechsel von 12 Stunden. An dieser werden jugendliche Arbeiter bei zwölfstündiger Arbeitszeit und bei einer Temperatur von 50—60 Grad beschäftigt. Mit der Aufforderung zur Organisation schloß der Referent. Reicher Weisfall lohnte den Redner. In der Diskussion wurde das Verhalten des Betriebsleiters noch einmal beleuchtet. Des weiteren wurden die Löhne der Metallarbeiter, welche im Betriebe tätig sind, besprochen. Dreher erhalten 50 Pf., Schlosser 45 Pf. die Stunde. Bei den Korbmachern sind die Löhne noch schlechter. In dieser Abteilung werden Löhne von 30—40 Pf. bezahlt. Tischler erhalten 44 Pf., der Meister 47 Pf. Auch in dieser Abteilung werden 12—13 Stunden täglich, Sonntags 7—8 Stunden gearbeitet. Vom Vorstehenden wurden die Herren von der Betriebsleitung aufgefordert, sie möchten das Wort ergreifen und das Gegenteil von dem beweisen, was hier vorgebracht worden sei. Sie zogen es vor, zu schweigen.

Deutsches Reich.

Achtung, Tischler, Polierer und Klavierarbeiter!

In Rudenwalde befinden sich die Tischler und Polierer der Möbelfabriken im Streik. In der „Berliner Volkszeitung“ suchen die Pianofortefabrikanten Gebr. Riendorf und Pabst u. Schneider Tischler und Polierer nach Rudenwalde. Wir weisen darauf, daß am Ort genügend Arbeitskräfte vorhanden, und daß der Zugang für sämtliche Branchen nach dort gesperret ist. Der Vorstand.

Eine Scharfmachersühnung der Mansfelder Bergbaugewaltigen.

Gewalt geht vor Recht, das ist der Grundfah der Gewaltmenschen, die an dieser Sitzung teilgenommen haben, in welcher unter anderem der Landrat v. Hassell sowie die Abgeordneten Dr. Arndt und Amtmann Reinecke zugegen waren.

Der bekannte „Vergrat Vogelsang“, den selbst Arbeiter bisher für einen arbeiterfreundlichen Mann hielten, hat in der unerbittlichsten Weise den Arbeitern den Kampf bis aufs Messer erklärt. Er führte aus: „Wenn die jetzt im Mansfelder vorhandenen Organisationsbestrebungen, eingeleitet in Zeitungsartikeln, weiter fortgesetzt durch Flugchriften, in denen zum Beispiel behauptet wäre, daß das neue Automobil der Gewerkschaft zum Tothahnen der Bergarbeiter diene, ferner durch öffentliche und geheime Sitzungen in Anwesenheit von Volkstribunen, von seiten der Gewerkschaft schließlich mit Kündigung, nicht sofortiger Entlassung der Hauptagitatoren beantwortet worden sei, so habe er selbst die Nebergzeugung, daß dieses Vergehen die Zustimmung der Mehrheit (?) fände. Auf den Einwand der Bekündigten, daß sie nicht gewarnt worden wären, sei zu erwidern, daß die Direktion von jeher keinerlei Organisationsbestrebungen in ihrer Arbeiterschaft geduldet habe. Es seien schon früher Agitatoren aus der Belegschaft ausgestoßen worden. Wenn es heiße, daß er selbst gar nicht gegen Organisation sei, so beruhe das auf Unwahrheit. Er habe hier und auch in seinen früheren Stellungen ausgesprochen und „gezeigt“, daß er Organisation nicht wünsche, die Gewerkschaft wolle Herr in ihrem Hause sein, und was zu tun sei, geschähe schon von ihrer Seite. Trotz schlechter Zeittage sei die Gewerkschaft aufs eifrigste bemüht um ihre Belegschaft. Der Stand der Löhne sei ein angemessener. (1) Er selbst habe während seiner einjährigen Tätigkeit bei der Gewerkschaft in diesem Sinne gewirkt. Darü die Organisation werde nicht erreicht als Unzufriedenheit. Die Organisation sei zwar gesetzlich erlaubt, werde aber von der Gewerkschaft nicht gewünscht. Was die Organisation biete, sei Unterstützung Gemahregelter und Streikender. Streiks könnten auch ohne Organisation gemacht werden. In der hiesigen Agitation erblicke die Gewerkschaft nur Vorstöße der Sozialdemokratie, die auf jeden Fall zu bekämpfen seien. Die von der Sozialdemokratie erstrebte Gleichheit würde im Falle ihrer Verwirklichung bald wieder beseitigt sein. ... Er selbst habe den Unzufriedenen schon empfohlen, von hier fortzugehen. Auf zwei Reisen um die Welt habe er Vergleiche kennen gelernt, die 12 bis 15 M. täglich verdienen, und doch nicht zufrieden waren, weil sie keine Knappschafftsklasse und Altersversicherung hatten. Er hoffe, daß die Mehrzahl der Mansfelder Belegschaft die Organisation verwerfe. Es würde mit allen Mitteln gegen dieselbe vorgegangen werden. Er mahne jeden, der an der agitatorischen Tätigkeit beteiligt sei, hiervon abzulassen. Angeberei und Spionage würden von der Gewerkschaft nicht benutzt. ... Wenn in einem Flugblatt der Reichstreuen Verein mit einem aus geblassenen Ci verglichen worden sei, so vergleiche er demgegenüber die hiesige Organisation mit einem aus geblassenen kleinen Ballon, wie man ihn auf der Rieseler Wiese kauft. Er habe selbst die Ansicht, daß eine Menge Heuchler im Reichstreuen Verein seien, hoffe aber, daß der Herr

des Reichstreuen Vereins gesund sei, und daß er alles abstoßen werde, was den Vereinsbestrebungen zuwiderlaufe, und in Zukunft ein festes, unerschütterliches Bollwerk bilden werde. Redner schloß mit dem Ausruf: „Der Erstarkung des Reichstreuen Vereins ein kräftiges Glück auf!“

Vergrat Vogelsang predigt also den rücksichtslossten Klassenkampf, den schärfsten Kampf des Kapitalismus gegen die Arbeiter! Das mögen sich diejenigen hinter die Ohren schreiben, die bisher noch von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit fafelten.

Rücksichtslos soll der Kampf von jener Seite geführt werden; rücksichtslos werden ihn auch die Arbeiter führen!

Die wichtigste Feststellung ist, daß Vergrat Vogelsang die den Arbeitern gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit mit Füßen tritt, daß er den Grundfah predigt: „Gewalt geht vor Recht!“

Zur Lohnbewegung der Handschuhmacher in Breslau wird nunmehr die erfolgte Arbeitsvermittlung gemeldet. Einige kleinere Firmen haben bereits bewilligt und auch bei den größeren Fabriken würde eine Einigung erzielt worden sein, wenn es nicht die Unternehmer darauf abgesehen hätten, den Ablauf des neuen Tarifes in eine für sie günstigere Jahreszeit zu verlegen. Während seither der Tarifvertrag bis 1. Oktober Gültigkeit hatte, soll er nun nach Wunsch und Vorteil der Unternehmer mit Ende März ablaufen, worauf jedoch die Arbeiter nicht eingegangen vermögen.

Köln scharf macht scharftig.

Herr Karl Lüscher, Vorsitzender des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, ist als großer Scharfmacher vor dem Herrn Landau und ab männiglich bekannt. Das Lob, welches ihm als Entdecker einer neuen Kriegstaktik gegen die Gewerkschaften gesendet wurde, scheint ihm mächtig zu Kopf gestiegen zu sein. Dadurch ist ihm jüngst das Maß über gefüllt, sich elegant zwischen zwei Stühle zu setzen. Die Differenzen zwischen den Verbänden der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter und der Firma Kant am Gaswerksneubau in Hanau a. M. wären ohne das Eingreifen des „Friedensstifters“ Lüscher glatt geregelt worden. So aber weigerte sich Herr Lüscher, mit dem Geschäftsführer der Zimmerer zu verhandeln. Angeblich hat derselbe „die Ehre des Arbeitgeberverbandes“ verletzt, in Wirklichkeit hat er Herrn Lüscher einmal energisch auf die Gehirnanlagen getreten, und Herr Lüscher fühlte sich nun in angelegener Bescheidenheit als Arbeitgeberverband. Die ausständigen Arbeiter hatten nun dafür kein Verständnis und weigerten sich, einen anderen Vertreter zu Verhandlungen zu entsenden. Jetzt legte sich Herr Oberbürgermeister G e b e s c h u h in Hanau auf Veranlassung der sozialdemokratischen Stadtverordneten ins Mittel und in ganz kurzer Zeit war die Einigung perfekt.

Herr Lüscher hat durch sein Verhalten zum Ueberdruß bewiesen, daß das Vorhandensein von Leuten seines Schlages höchst überflüssig ist. Mit ihren überpannten Anmahungen sind sie geradezu eine Gefahr für friedliche Verhandlungen zwischen den Parteien. Während die Gewerkschaftsleiter als oberste Richtschnur ihres Handelns die Herstellung des Friedens im Auge haben, pflegt die Sorte „Friedensstifter“ aus dem Arbeitgeberlager ihren Nachdünkel, unbekümmert darum, ob die Beteiligten ungeheuren Schaden leiden. Doppelt erfreulich ist es darum, wenn es einmal verständigen Menschen gelingt, solche Leute auszuspalten, wie in vorliegendem Falle. Die getroffenen Vereinbarungen sind folgende: 1. Die auf dem Neubau des Gaswerks beschäftigten Maurer und Zimmerer erhalten einen Anfangslohn von 52 Pf. für die Stunde, die Bauhilfsarbeiter einen solchen von 42 Pf. Diejenigen Arbeiter (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), welche vor Einstellung der Arbeit im September bereits mindestens 14 Tage bei der Firma Gebr. Kant gearbeitet haben, erhalten 2 Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit folgenden Stundenlohn: Maurer und Zimmerer 50 Pf., Bauhilfsarbeiter 45 Pf. Diejenigen Arbeiter, welche nicht unter 2 fallen, erhalten, nachdem sie 4 Wochen bei Gebr. Kant gearbeitet haben, den unter 2 bezeichneten Stundenlohn. Die Arbeitszeit, welche vor dem Ausstade liegt und welche nach Wiederebeginn der Arbeit fällt, wird zusammengerechnet. Bezüglich der Länge der Arbeitszeit kamen die Parteien dahin überein, daß bis einschließlich 2. Dezember 10 Stunden effektiv gearbeitet werden soll. Vom 3. Dezember ab soll die Arbeitszeit sich nach der zu den Akten überreichten Tabelle richten. Die Parteien sind darüber einig, daß die oben bezeichneten Löhne nur für Zementarbeiten zu bezahlen sind. Wenn dagegen andere Arbeiten, für die hier in Hanau ein Tarif besteht, ausgeführt werden, so ist der hiesige Tarif für die Bezahlung dieser Arbeiten maßgebend. Die Parteien sind darüber einig, daß die über den Bau des Gaswerks verbängte Sperre sofort aufgehoben wird, daß die ausständigen Arbeiter den 8. Oktober die Arbeit wieder aufnehmen. Die Firma verpflichtet sich, dieselben wieder einzustellen.

Die Verhandlungen fanden am 7. Oktober statt; am 8. Oktober lief bei der Verbandsleitung folgendes Schreiben vom Oberbürgermeister ein:

„Die Firma Gebr. Kant in München hat heute telegraphisch ihr Einverständnis zu dem am 7. d. M. getroffenen Abkommen erklärt.“

Es ist nunmehr festgelegt, daß an diesem Bau der in der Nementbrände übliche Stundenlohn gezahlt werden muß. Wenn noch 8 Wochen lang der Firma gestattet wurde bei künstlicher Beleuchtung 10 Stunden zu arbeiten, so deswegen, weil der Oberbürgermeister für diesen städtischen Bau, der nur von der Firma Kant wegen eines Patents ausgeführt werden darf, dringende Gründe anführte und eine Beschleunigung notwendig sei.

Polizisten, organisiert Euch!

In Würzburg ist ein „Zentralverband Süddeutscher Dorfpolizeibienen“ gegründet worden. Das Eintrittsgeld wurde auf 3 M., der Mitgliedsbeitrag pro Woche auf 25 Pf. festgesetzt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Erschießung Ferrers.

Rom, 13. Oktober. W. T. N. Die hiesigen Blätter veröffentlichen Sonderausgaben mit der Nachricht von der Hinrichtung Ferrers. — In Turin haben die Metallarbeiter, die Seher und die Maurer die Arbeit eingestellt als Kundgebung gegen die Verurteilung Ferrers. In der Turiner Arbeitskammer wurde eine Versammlung abgehalten, in der mehrere Redner die Bedeutung dieser Kundgebung hervorhoben. Nach Schluß der Versammlung versuchten eine Anzahl Teilnehmer die Straßenbahn anzuhalten, wurden aber auseinandergetrieben. Der Provinzialrat von Genua hatte den spanischen Ministerpräsidenten telegraphisch um die Begnadigung Ferrers gebeten und dann beschlossen, die Sitzung aufzuheben. Die Arbeitskammer von Genua hat beschlossen, daß die Arbeit für 24 Stunden eingestellt werden soll; infolgedessen feierten die Arbeiter heute nachmittag, auch der Straßenbahnverkehr wurde eingestellt. In Neapel hielten mehrere hundert Studenten in der Universität eine Versammlung ab und beschlossen, dem spanischen Konsul einen Protest zu überreichen. Die Ueberreichung des Protestes wurde aber von den Behörden verboten.

Die Landtagswahlbewegung

Hat nun in Berlin kräftig eingesetzt. Nachdem schon in einer großen Reihe von Urwählerversammlungen die Vorbereitungen dazu getroffen, die Wahlmänner nominiert waren, nahmen am Dienstag fünf von begeisterten Massen überfüllte allgemeine Wählerversammlungen Stellung zur Wahl.

Ueber diese Versammlungen erhalten wir folgende Berichte:

Die Versammlung des

fünften Landtagswahlbezirks,

welche im Saale der „Urania“ in der Brangelstraße tagte, bot ein Bild lebhafter Beteiligung der Arbeiterklasse an der Wahlbewegung. Raum konnte der Saal die Scharen der proletarischen Wähler fassen, welche gekommen waren um den Vortrag des Genossen Paul Hirsch zu hören. Auch die Frauen bekundeten durch zahlreiches Erscheinen ihr Interesse an dem Wahlkampf. — Wo das Volk zusammenkommt, um seine Rechte und Interessen zu vertreten, da fehlt natürlich auch die Polizei nicht. Eine Anzahl von Schutzleuten hielt sich vor dem Versammlungsort auf, teils patrouillierend, teils aus Torwegnissen spähend, ob irgendwo die preuhische Ordnung gefährdet werde. Natürlich wurde sie nicht gefährdet und die polizeiliche Fürsorge war deshalb überflüssig.

Genosse Hirsch entrollte vor der zahlreichen Zuhörerschaft ein Bild der Situation, welche für den Wahlkampf in Betracht kommt. Er kennzeichnete sie als eine für unsere Partei äußerst günstige. Weite Kreise des Volkes, die bei der vorjährigen Landtagswahl für den Freisinn eintraten, verlagen dem Liberalismus die Heeresfolge. Der Ausfall der jüngst vollzogenen Nachwahlen zum Reichstage beweist das. Dagegen ist es, daß selbst die Wähler aus bürgerlichen Kreisen von den Freisinnigen nichts mehr wissen wollen. War diese Partei doch bereit, bei der Finanzreform für alle indirekten Steuern zu stimmen. Sie ist nur nicht dazu gekommen, weil sie vorgeitig und ohne Kundgebung aus dem Wählerbündnis hinausgeworfen wurde. Empörung über die kolossale Steuerbelastung, welche dem Volke durch die Reichsfinanzreform auferlegt worden ist, herrscht in weiten Kreisen des Volkes. Diese Empörung müssen wir agitatorisch ausnützen, um die Hoffnung, die der Freisinn auf den Haub unserer Mandate gesetzt hat, gründlich zu vernichten. Wir haben auch daran zu denken, daß es sich für uns nicht nur um die Zurückeroberung der geraubten Mandate handelt, sondern daß jeder Wahlkampf für uns ein Wahlrechtskampf ist mit dem Ziele: Vernichtung des ungerechten Dreiklassenwahlrechts und Erwerbung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für beide Geschlechter zum preuhischen Landtage. Auch die Frauen haben die Pflicht, sich an diesem Wahlkampf zu beteiligen, soweit es möglich ist. Wenn wir die Situation ausnützen, werden wir nicht nur das Mandat wieder erobern, sondern auch eine große Zahl neuer Anhänger gewinnen. Es gilt den Kampf gegen die offene Reaktion und gegen die verkappte Reaktion, die uns unter der Maske des Freisinn entgegentritt.

Durch lebhaften Beifall bekundeten die Versammelten, daß sie mit dem Referenten einverstanden und in seinem Sinne den Wahlkampf zu führen willens sind.

Im sechsten Landtagswahlbezirk

füllte die öffentliche Wählerversammlung frecher großer Saal samt den Galerien bis auf den letzten Stehplatz. Es mußte abgeperrt werden, weil die Räume nicht ausreichten, um alle aufzunehmen, die gekommen waren, den Vortrag des Stadtverordneten Adolf Hoffmann zu hören und womöglich auch zu erfahren, was die Gegner antworten würden. Die Versammlung behandelte eine treffliche Wahlkampfprogramm. Die Ausführungen unseres Genossen wurden wiederholt von lautem Beifall unterbrochen, aber der Redner hob hervor, daß es gar nicht auf Beifallsäußerungen ankomme, sondern vielmehr jeder sein Einverständnis mit dem Gesagten durch eifrige Tätigkeit in der Wahlbewegung, durch unablässige Arbeit für die weitere Aufklärung des Volkes kundgeben solle. Mit bitterem Ernst und zusehendem auch mit heftiger Satire gab der Redner ein umfassendes Bild von den schmachvollen politischen Zuständen in Preußen, von der Preußenpolitik, die ja leider seit Jahrzehnten mehr und mehr auch Reichspolitik geworden ist, von der Herrschaft der Junker und des Polizeistabes, verbunden mit dem persönlichen Regiment, die wie ein Alb auf ganz Deutschland lasten. Selbstverständlich verurteilte der Redner auch nicht, den Freisinn in seiner ganzen Erbarmlichkeit zu schildern. Er zeigte unter anderem wie die Freisinnigen, nachdem sie sich durch die Kasserierung der sozialdemokratischen Landtagsmandate, durch Gemeindevahlrechtsbrand wie in Kiel und Rixdorf usw. compromittiert haben, nun, da die Erziehungswahlen bevorstehen, wieder einmal ihren berüchtigten Wahlrechtsausdruck aufmarschieren lassen, was natürlich nichts ist als ein Manöver, demokratisch gesinnte Wähler zu heideln. Er wies auch darauf hin, daß Herr

sich bed durch Ungleichheit in der Berechnung der Steuerhöhe hinsichtlich der Steuerreklamationen dafür gesorgt hat, daß die Wähler event. abermals lastiert werden können. Um so mehr müßte die Arbeiterklasse nun darauf bedacht sein, daß ihre Kandidaten eine solche Mehrheit gewinnen, daß den Herren das Kassieren der Mandate gründlich verleidet wird. Die glänzenden Wahlsiege unserer Genossen in Stolberg-Schneberg, in Meiningen und in Koburg sollten die Berliner umso mehr anteuern, alle Kräfte einzusetzen. Nachdem der Redner den Wohlwortschwund der Gegner und Behörden an bekannten Tatsachen geschildert hatte, bemerkte er unter anderem, daß die sonst wahlrechtlosen Frauen doch das unbestreitbare Recht haben, sich die Geschäftsleute zu wählen, von denen sie kaufen, und von diesen Wahlrecht Gebrauch machen werden, um das schmälere Dreiklassenwahlrecht mit seiner öffentlichen Stimmabgabe unerbitlich zu bekämpfen. In der Wahlbewegung und im Sturm- laufe gegen das schändliche Wahlrecht sollten die Frauen für den Männern ja wohlverdientes Nebentalent ausnützen. — Mit den Worten: Nieder mit den Helfershelfern und Schrittmachern der Reaktion! Hoch die Volks- und Menschenrechte! schloß der Redner seinen inhaltreichen Vortrag. Gegner meldeten sich trotz aller Aufforderung nicht zum Worte, weshalb auf Diskussion verzichtet wurde. Der Vorsitzende forderte die Versammelten auf, die kurze Spame Zeit bis zum Tage der Neuwahl mit allem Eifer auszunützen.

Im siebenten Landtagswahlbezirk

fanden zwei Versammlungen statt, im „Elysium“, Landsberger Allee, und in den „Prachtställen des Ostens“, Frankfurter Allee. Beide erfreuten sich eines starken Besuchs; auch fehlten die Frauen unter den Versammelten nicht. Die Vortragenden, der Stadtverordnete Hugo Heimann und der Landtagsabgeordnete Heinrich Ströbel, fanden ein sehr aufmerksames Publikum. Im „Elysium“ sprach Heimann, der an die Begeisterung erinnerte, mit der das Berliner Proletariat in den ersten großen Wahlkampf gegen das preuhische Junkerparlament gezogen war und trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die das Wahlrecht aufstürzte, sechs Mandate im Sturm eroberte. Der Redner machte es sich zur Aufgabe, den Protest gegen unseren Wählerfolg einer gründlichen Kritik zu unterziehen, wobei er das Verhalten der Freisinnigen im Abgeordnetenhaus in der schärfsten Weise geißelte. Unter dem Beifall der Versammelten forderte er dazu auf, die angebotenen Mandate wiederzugewinnen, allen Tücken und Listen der Gegner zum Trotz. — Außerhalb des Lokals war die Polizei ziemlich stark vertreten; man sah außer einigen Schutzleuten einen Postzelleutnant mit zwei Geheimpolizisten Wache halten, obgleich ihre Anwesenheit offenbar ganz überflüssig war.

In den „Prachtställen des Ostens“ sprach Ströbel, der die Wirksamkeit des Auftretens der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus beleuchtete und dabei die Freisinnigen als Vertreter der Interessen der besitzenden Massen zeigte. Wenn es gilt, für die Rechte oder zum Schutze der Unterdrückten im Staate etwas zu tun, wozu die Sozialdemokraten die Wege weisen, da waren die Freisinnigen nicht zum Mitwirken zu haben; im Gegenteil wurden sie oft zu Verrätern an den Volksinteressen. Der Redner wies auf den gegenwärtigen Wahlkampf hin. Das Proletariat müsse eine eigene Vertretung sich im Abgeordnetenhaus sichern. Ganz Deutschland blicke auf Berlin, auf den Ausgang des Kampfes, gespannt, wie die Sozialdemokratie die angebotenen Mandate verteidigen werde. Jetzt müsse man alle Kräfte anspannen, um das Gewonnene zu behaupten und den Gegnern nicht einen Triumph zu bereiten, so schwer der Sieg auch werden mag! (Beifall.) Nach einem anfeuernden Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit Hochrufen auf unsere Bewegung geschlossen.

Im zwölften Landtagswahlbezirk

sprach vor einer tausendköpfigen Wählerversammlung der Stadtverordnete Genosse Hermann Vorgan. In 1 1/2 stündiger Rede behandelte er die Geschichte des Wahlrechts in Preußen und legte in eindrucksvoller Weise die Bedeutung der diesmaligen Landtagswahlen dar. Durch einen nicht endenwollenden Beifallssturm bezeugte die Versammlung, daß sie mit seinen Ausführungen einverstanden ist. In der Diskussion richtete zunächst die Genossin Jordan einen Appell an die Frauen. Diese können viel für die Wiederwahl des Genossen Adolf Hoffmann tun. Die Frauen, die unter dem durch die Finanzreform verfallenen wirtschaftlichen Druck am meisten zu leiden hätten, haben alle Ursache, sich ihre Lieferanten genau anzusehen. Rednerin forderte die Frauen auf, sich am Wahltag an den Wahlarbeiten ebenfalls zu beteiligen und dem Wahlverein anzuschließen. Nachdem noch die Genossen Pablik und Waldheim im Sinne des Referats gesprochen hatten, nahm Dr. Wozes von der demokratischen Vereinigung das Wort. Er bezeichnete es als Ehrenpflicht aller freiheitlich gesinnten Staatsbürger, für die Wiederwahl derjenigen Männer zu sorgen, die durch einen oft brutaler Gewalt

aus dem Hause des Massentwahlrechts hinausgeworfen worden sind. Mit scharfen Worten wandte er sich gegen die Versicherungen freisinniger Politiker, wie Müller-Weinigen, der das Wort geprägt habe: „Wesend ist die Haupttugend eines praktischen Politikers“, und gegen Gaußmann, der im offenen Briefe an Weibel sagt, daß das Mißtrauen das öffentliche Leben vergifte. Mit solcher Leisetzerei sind wir eben nicht weiter gekommen. Mit Georg Hertweg's Lied vom Hasse schloß Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede. Genosse Dr. Cobin wies noch auf die Bedeutung der Landtagswahlen für die Gemeinde hin. Das Gemeindevahlrecht wird vom Landtag gemacht und man habe in Berlin ein ebenso schlechtes Gemeindevahlrecht, wie es das Landtagswahlrecht sei. Deshalb müssen alle Mitglieder der Berliner Stadtgemeinde für die Wiederwahl derjenigen eintreten, die einzig und allein rücksichtslos für eine Wahlrechtsänderung eingetreten sind. Ueber der Bedeutung der Wahlen zum Landtag dürfen aber auch die am 3. November stattfindenden Gemeindevahlen nicht vergessen werden. Die Ruhe nach dem Wahlkampf müsse also um weitere acht Tage verschoben werden. Seine Wahlmündigkeit darf sich bemerkbar machen, denn in Roabit sei noch ein Bezirk, der unbedingt fallen müsse, der 42. Kommunwahlbezirk, für den er kandidiere, der aber bis jetzt von dem als König von Roabit bekannten Gerick vertreten war. Nach einigen kräftigen Schlussworten des Vorsitzenden wird die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Vom Bierkrieg.

In einer gemeinsamen Sitzung des Kartells, des Wahlvereinsvorstandes und der Gewerkschaftsvorstände in Bernau wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Arbeiterklasse verlangt von allen Gastwirten mindestens 1/4 Liter Bier für 10 Pf. In Wirtschaften, in denen ein geringeres Quantum verabfolgt wird, verzichten die Arbeiter auf den Biergenuss und verlangen andere Getränke unter Beachtung des Bierhöfchens. Bei Festlichkeiten und Versammlungen sollen für 15 Pf. 2/10 Liter gegeben werden.

Die Wirt in Köln geben nicht nach. In einer Wirterversammlung am 12. Oktober wurde Bericht erstattet über die Verhandlungen zwischen Brauereivereinigung und der Vertretung der Wirtvereinigungen. Hiernach beharren die Brauereien auf einem Ausschlag von 4 M. für das Hektoliter, während die Wirtvereinigungen nicht mehr wie 2 M. bezahlen zu können. Die Brauereivereinigung hat beschloffen, mit den Vertretern des Gewerkschaftskartells in Verbindung zu treten, um der Arbeiterklasse die Notwendigkeit der Erhöhung der Bierpreise klar zu machen und darauf hinzuwirken, daß, wenn die Einigung sich nicht bald vollziehe, der Bierkrieg immer mehr zurückgehe, was Arbeiterentlassungen in großem Maßstabe zur Folge haben würde. Die Versammlung erklärte in einer Entschlieung, unter keinen Umständen mehr wie zwei Mark Ausschlag zu bezahlen. Sie begrüßte es mit Freude, wenn die Brauereivereinigung direkt mit den Vertretern des konsumierenden Publikums in Verbindung treten würde. Die Brauereien müssen ganz eigenartige Rechenmethoden haben, wenn sie glauben die Vertierung von vier Mark rechtfertigen zu können. Aber sie werden mit ihren Rechenkünsten bei den Arbeitervertretern kaum Glück haben.

Eine Warnung vor Winkelkonsulenten.

erließen wir in Nr. 76 des „Vorwärts“ vom 31. Mai aus Anlaß einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht, bei der sich herausstellte, daß der Rechtskonsulent Fabisch, der sich Direktor des „Rechtswissenschaftlichen Instituts“, Alexanderstr. 25, bezeichnet, 25 M. einem Arbeiter für wertlose Schriftstücke abgenommen hatte. Fabisch klagte wegen dieses Artikels auf Grund der §§ 185 und 186 B. G. B. wegen vermeintlicher Beleidigung und angeblicher Verletzung nicht erwiesener wahrer Tatsachen gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Weber. Die Verhandlung fand gestern vor dem Schöffengericht statt. Der der Anklage zugrunde liegende Artikel des „Vorwärts“ gelangte zur Verlesung. Er lautete:

Habt Acht vor Winkelkonsulenten!

Inendlich häufig haben wir vor der Inanspruchnahme unzuverlässiger Rechtsbüreaus gewarnt, insbesondere vor solchen, die unter der Firma „Reinige Rechtsfreunde“, „Rechtswissenschaftliches Institut“ und dergl. ihre Hilfe dem rechtsuchenden Publikum anbieten. „Kassche Auskunft gegen hohe Preise“ ist in häufigen Fällen das Hagit für den Arbeiter, der bei solchen Stellen Rat nachgesucht hat. Das zeigte sich vor wenigen Tagen wieder in einer Verhandlung vor dem hiesigen Gewerbegericht.

den Sport, den herablassende Damen mit der Rettung ihrer gefallenen Schweltern treiben, dem aufreizenden Ausblick aus dem Arbeits- hause: „Eine Zuflucht“ gab sie die robuste Aufseherin, die brutal zugreift, aber auch die Dinge beim rechten Namen nennt und von der verlogenen Spielerei der Damen nichts wissen will. Durch das künstlerische Uebergewicht der Niese trat freilich diese Figur, die sie stark pomtierte, zu sehr in den Vordergrund. In dem zweiten Stück „Mutter“, dessen Inhalt unsere Leser aus dem Roman „Das tägliche Brot“ kennen, verkörperte die Niese die Lene, die im Gemischel der den Vater zu ihrem Kinde holt. Hier konnte sie alle Vorzüge im Treffen fassen, Sie bezwang durch ihre rührende Einfachheit und ihren vom Witter- gefühl beherrschten „Kampf um den Mann“ nicht bloß diesen, sondern auch das Publikum. (Die phychologischen Feinheiten des Romans verlieren allerdings in der gedrängten Kürze eines Einakters.)

In den „Schönen Seelen“, einer ironisierenden Wanderrei von Felix Salten, hat Hansi Niese eine bejahrtere Bemühtpflasterin zu spielen, die mit dem Jährlerner ihres angestammten Champséparés eine Heirat ausmacht, während ein Beherjüngling in ihrem Schöße den Sekt ausschläft. Die Franzosen haben dieses Thema von der Solidität, der gut bürgerlichen Geschäftlichkeit dieser keineswegs romantischen Naturen sehr oft behandelt. In der Darstellung der Niese wurde diese brave Kolotte, die sich vom Geschäft zurückziehen will und sicher eine brave Hausfrau wird, nicht nur glaubhaft, sondern selbstverständlich. So menschlich wußte sie sie hinzustellen.

Notizen.

— Das Kriegerereins-Theater ist entschieden etwas Neues auf dem Gebiet der Theatergründungen, auf dem doch auch so schon in Berlin das Mögliche geleistet wird. Was brauchen wir auch Heibel-, Goethe- oder Schafepare-Theater, in denen hernach doch die Pöffe das Geschäft besorgen muß. Ist es nicht viel reiner, von vornherein zu sagen, was man will? Also man will in Wilmerdore ein großzügiges patriotisches Unternehmen gründen, das so ungefähr alles bieten soll, was der moderne Mensch braucht: ein Hohenzollernmelodram mit dem Kronprinz als Protektor, eine Reithaus, Sommer- und Wintertheater, Konzert- und Kongressäle, Biergelegentheiten usw. Vor allem rechnet man, wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, auf den Massenbesuch der Kriegervereine und will deshalb dem Theater einen patriotischen Anstrich (hoffentlich auch einen dito Anstrich) geben. Da das königliche Schauspielhaus unmöglich alle patriotischen Stücke allein aufführen kann, wäre ja für's Repertoire gesorgt. Wie wäre's mit einem Klappschiff- spielhaus? Als Direktor für den unterhaltlichen Teil, schlagen wir den von höchsten Kreisen protegierten Fezd, Vonn vor.

Kleines feuilleton.

Das schöne Mädchen von Anzio. Am 9. Oktober ging im großen Saal der Villa Aldobrandini zu Anzio, dem römischen Küstenschloßchen, nach jahrzehntelangen Streit der endgültige Uebergang des schönen Mädchens von Anzio an den Staat vor sich. Der Streit um diese Statue, eine der köstlichsten aller Zeiten, hat seit der Zeit ihrer Auffindung, seit 1878, gedauert und das unschätzbare Kunstwerk der Öffentlichkeit vorenthalten. Die Geschichte dieser Statue ist schicksalreicher als die des Laokoon oder der Venus von Milo. Im Dezember 1878 suchte ein suchtharer Sturm die Ruinen am Vorgebirge Anzio heim; viele, die lange Jahrhunderte hindurch bisher standgehalten, stürzten zusammen. Durch einen solchen Einsturz wurde in dieser Sturmnacht eine Nische bloßgelegt; darin stand, weitestgehend unberührt und besitzlich von den Wellen des Meeres, das Marmorbild der in ein Himantion (das griechische Obergewand) geküllten Jungfrau. Die Statue wurde, da sie auf dem Gebiet der Familie Menocci gefunden war, in deren Villa getragen und von den Besitzern eifrig bewacht. Vier Jahre nachher gerieten die Menocci in finanzielle Schwierigkeiten und verkauften die Villa samt der Statue den Aldobrandini. Diesen wurde vom Staat sogleich die Summe von 460 000 Lire für das Kunstwerk geboten, aber erfolglos, denn andere Angebote winkten. Das glänzende machte ein Amerikaner, der eine Million bezahlen wollte. Allein das italienische Gesetz, das die Ausfuhr bedeutender Kunstwerke verbietet, ließ diesen Kauf nicht zustande kommen; als davon verlautete, hatten jahrelang zwei Arabini nichts anderes zu tun, als das schöne Mädchen von Anzio zu bewachen. Unter diesem Zustand litten alle Beteiligten; er war auf die Dauer unhaltbar, und schließlich entschloß sich die Familie Aldobrandini, das Angebot des Staates anzunehmen. So wird denn jetzt die herrliche Statue nach langer Verborgenheit unter starker Bedeckung nach Rom heimgeführt werden und dort im Thermenmuseum einen der schönsten Säle für sich erhalten.

Ein interessantes Licht wirft diese Geschichte auf den Patriotismus und den Gemeinsinn der römischen Adelsfamilien. In beispielloser Weise haben sie jahrhundertlang das Land ausgeplündert, noch heute halten sie trotz aller Reformen die römische Campagna im Zustande mittelalterlicher Barbarei. Wenn ihnen aber der Zufall neue Schätze in den Schoß wirft, die von nationaler Kulturbedeutung sind, so müssen sie erst auf Staatskosten gezwungen werden, das Gesetz zu respektieren und Kulturgüter nicht an den Weis- bündenden auszuverkaufen. Ein honettes Gefindel!

Die kuge Gans. Von jetzt an wird man nicht mehr sagen können „dumm wie eine Gans“, um einen besonders hohen Grad von Dummheit zu bezeichnen. Es lebt nämlich in London eine wunder- same Gans. Jimmy ist fünf Jahre alt, hat ein prächtiges weißes Gefieder und verfügt über Verstandeskraft, deren sich ein Parlaments- Landtags nicht zu schämen braucht; hat sich die merkwürdige Gans doch vor kurzem von einem Redakteur des „Daily Chronicle“ interviewen lassen! Mit der Würde, die sich für einen Vogel aus dem berühmten Stamme der Reiterinnen des Kapitols ziemt, machte Jimmy eine tadellose Verbeugung vor dem Journalisten und begann sofort zu zeigen, was sie kann. Man brachte ein Spiel Karten, legte es ihr vor und befahl ihr das Spiel heraus- zufuchen. Jimmy sah sich jede Karte genau an und war die, die sie nicht brauchen konnte, mit einem verächtlichen Schnabelstich beiseite; als sie dann zu dem Spiel gelangte, setzte sie einen Fuß auf die Karte und sah den Journalisten triumphierend an. Das Experiment wurde mehrmals wiederholt. Man zeigte dann dem Hundertere Papierblätter; auf jedem dieser Blätter stand der Name eines Gegenstandes geschrieben: Zintenfaß, Feder, Kette, Uhr, Zeitung usw. Jimmy's Herr zeigte der gelehrigen Schülerin ein Zintenfaß und fragte: „Was ist das?“ Der intelligenteste Vogel nahm mit dem Schnabel, ohne zu zögern, das Blatt Papier, auf dem das entsprechende Wort geschrieben stand. „Vorwärts ist meine Urlette gemacht?“ ließ der Journalist die Gans fragen. Und Jimmy nahm das Papier, auf welchem geschrieben stand: „Gold“. Der Zeitungsmann konstatierte dann noch, daß Jimmy ihrem Herrn wie ein Hund folgt und ihm, wenn sie ihm nach einer kurzen Abwesenheit wiederkehrt, freudig erregt auf die Schulter fliegt. Schade, daß der kuge Gans nicht mehr lebt; er hätte sich mit der kugen Gans assoziiert und mit ihr eine Kunstreise durch Europa machen können. So wird Jimmy allein reisen müssen, um in großen Spezialitätentheatern auf- zutreten.

Theater.

Neues Schauspielhaus: Caspiel Hansi Niese. Wie ihr Landmann Girardi hat auch die Niese den Mangel an neuen Stücken zu beklagen, in denen ihre prachtvolle Natürlichkeit sich auswirken könnte. Was soll diese voll- kostige, urgemunde, wundervoll echte Natur in den albernen und sentimentalen Singelangeleien, die ihre Lieferanten ihr zumuten? Am Dienstag griff sie auf ältere Repertoirstücke zurück, in denen sie endlich zeigen konnte, wie sie menschlich gestaltet und ihre (in allem Wesen gleiche) Art mannigfach ausstrahlt. In zwei Einaktern von Clara Viebig, die beide aus dem Berliner Müllens Wienerische überfetzt sind, entfaltete sie urwüchsiges, derbes, maides und doch auch tief menschliches und ergreifendes Wesen. In der Satire auf

Ein Arbeiter, dessen minderjährige Tochter seit dem 6. Oktober vorigen Jahres in einem hiesigen Versandhause lernte und zum 1. April d. J. gekündigt worden ist, obwohl das Lehrverhältnis erst am 5. Oktober abläuft, wandte sich hilfesuchend nach an ein solches Rechtsbüro, das sich „Rechtswissenschaftliches Institut“ nennt und in der Alexanderstr. 25 von dem Rechtskonsulenten Fabisch und Dr. jur. von Kirchbach betrieben wird. Dieses Institut richtete zunächst ein Schreiben an die Firma, in dem die Fortsetzung des Lehrverhältnisses verlangt wurde. Nach Empfang einer ablehnenden Antwort wurde ein zwei Seiten langer Schriftsatz an das Gewerbeamt angefertigt, in dem 300 M. Schadenersatz für das vereinbarte Lehrjahr wegen mangelhafter Ausbildung des Mädchens gefordert wurden. Und das, obwohl kein schriftlicher Lehrvertrag vorlag. Selbstverständlich wies der Gewerbeamtpräsident den Arbeiter darauf hin, daß die Klage schon wegen mangelnder Schriftlichkeit des Lehrvertrages Erfolg nicht haben könne. Die Klage wurde dann zurückgewiesen.

Der Arbeiter hatte aber für die weniger als nichts wertige „Rechtshilfe“ — 25 M. gezahlt! Hatte der Arbeiter sich an das Arbeitersekretariat (Engelauer 15) gewendet, so wäre ihm kostenlos zutreffende Antwort erteilt worden und er hätte Kosten, Zeit und Kummer erspart.

Wobers Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, konnte durch eine Abschrift des Gewerbeamtprotokolls nachweisen, daß der Vorsitzende die Bemerkung von der mangelnden Schriftlichkeit des Lehrvertrages tatsächlich gemacht habe. Diese Feststellung glaubte der Kläger dadurch entkräften zu können, daß er einen lediglich vom Lehrherrn unterschriebenen Lehrvertrag vorlegte. Er wies damit, daß die Vorschriften des § 120b der Gewerbeordnung ihm noch nicht klar geworden ist. Nach diesem Paragraphen wird für die schriftliche, allein gültige Form eines Lehrvertrages die Unterschrift des Gewerbeamtpräsidenten, ferner des Lehrlings und endlich des gesetzlichen Stellvertreters des Lehrlings gefordert. Ist einer dieser Formvorschriften, wie hier, nicht genügt, so ist der Lehrvertrag ungültig und eine Schadenersatzklage aus dem Lehrvertrage unzulässig. Aus dem Protokoll des Gewerbeamtes ergab sich ferner, daß das Gewerbeamt sich für unzuständig hatte erklären müssen, weil das Lehrlingsbuch nicht für den gewerblichen, sondern für den kaufmännischen Betrieb angenommen, das Kaufmannsgericht also eventuell zuständig war. Der „Direktor“ des „Rechtswissenschaftlichen Instituts“ hatte also den Kläger auch noch an eine falsche Stelle gewiesen.

Aus dem vom Verteidiger vorgelegten Gewerbeamtprotokoll ging übrigens noch hervor, daß das Gewerbeamt, nachdem es vom Kläger gehört hatte, daß er dem Rechtskonsulenten 25 M. bezahlet hatte, dem Polizeipräsidenten Mitteilung von dieser Angelegenheit gemacht hatte.

In seinem Klagebericht betraf sich der Verteidiger darauf, daß alle im „Vorwärts“ angeführten Tatsachen als richtig erwiesen seien, also eine Verurteilung aus § 186 nicht erfolgen könne. Auch eine formale Beleidigung liege nicht vor. Der „Vorwärts“ habe ganz allgemein vor Winkelkonsulenten gewarnt und darauf verwiesen, daß solche Klagen, für deren Anfertigung im vorliegenden Fall 25 M. bezahlet werden mußten, vom Arbeitersekretariat unentgeltlich angefertigt werden. Hierzu sei der „Vorwärts“ im Interesse der Arbeiter berechtigt. Die Honorarforderung des Klägers gehe ja auch weit hinaus über die gesetzlichen Gebühren der Rechtsanwälte. Für die Abfassung des Schreibens, für das sich der Kläger 5 M. bezahlet ließ, habe ein Rechtsanwalt nur 1,40 M. zu beanspruchen und die Gebühr für die Anfertigung der Klage betrage beim Rechtsanwalt im vorliegenden Falle 14 M., während sich der Kläger 20 M. bezahlet ließ. Die Bezeichnung „Winkelkonsulent“, durch die sich der Kläger beleidigt fühlt, sei keine Beleidigung, sondern die Bezeichnung eines Gewerbes. Aus diesen Gründen müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

Das Gericht erklärte auf Freisprechung des Angeklagten mit der Begründung: Der § 186 sei nicht verletzt, denn es sei erwiesen, daß der Inhalt des Artikels den Tatsachen entspreche. Auch gegen § 185 habe der Angeklagte nicht verstoßen. Die Bezeichnung „Winkelkonsulent“ könne zwar beleidigend sein, sie sei es aber im vorliegenden Falle nicht. Denn der „Vorwärts“ habe nicht den Kläger persönlich kränken wollen, sondern er habe einen populären Ausdruck gebraucht in der Absicht, seine Leser vor der Juanspruchnahme von Rechtskonsulenten zu warnen und sie an andere Institutionen zu verweisen, wo ihnen kostenlose Rechtshilfe geleistet werde. Dazu war er aber durchaus berechtigt. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Kläger auferlegt.

Aus Industrie und Handel.

Der „Raubzug“.

Es hat seinen eigenen Reiz, wenn das Organ der extremsten Lebensmittelwucherer, die „Deutsche Tageszeitung“, über Plünderung der Konsumenten sich entläßt. Besonders interessant ist jedoch die Art, wie das Blatt unter der vorstehenden Überschrift gegen die Profitgier der Zigarrenfabrikanten und Händler zu Felde zieht. Daß die Interessenten die Finanzreform dazu benutzen, ihre Profitrate noch zu erhöhen, haben auch wir ganz entschieden verurteilt und wünschen nur, daß die Konsumenten sich praktisch gegen Plünderung wehren. Aber die „Deutsche Tageszeitung“ macht sich die Beweisführung, daß die Preisaufschläge von 6 auf 7 Pf., von 8 auf 10 Pf. und von 12 auf 15 Pf. für Zigarren nicht gerechtfertigt seien, doch etwas allzu leicht. Sie schreibt — Nr. 476 —:

Vergleicht man demgegenüber die Preise des Tabaks von 1908 mit denen von 1909, so hätten die Fabrikanten ihre Waren trotz der neuen Steuer im Preise herabsenken können, ohne daß sie Schaden erlitten hätten. So kostete in Bremen 1908 Kentucky 95 M., 1909 dagegen nur 72 M., 1908 Brazil 128 M., 1909 nur 92 M.

Die Tabakpreise schwanken so sehr, von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat, daß man einigen willkürlich herausgerissenen Zahlen nicht den untersten Vergleichswert zubilligen kann. Wie stark die Preise im Monatsdurchschnitt schwanken, dafür dienen Angaben aus den amtlichen Nachweisen. Es kosteten 1909 in Mark pro Doppelzentner:

	Jan.	Mai	Sept.	Oktob.	Nov.	Dezemb.
Kentucky	90	95	90	85	85	85
Brazil	137	182	118	108	91	87,5

Wie in dieser Vergleichung, ergeben sich auch in der nach den Monatspreisen verschiedener Jahre erhebliche Schwankungen. Das zeigt diese Aufstellung. Es kostete ein Doppelzentner Mark, im August:

	1905	1907	1908	1909
Kentucky	56	89	95	75
Brazil	89,5	131,5	126	103,5

Veranschlagt man die Jahresdurchschnittspreise findet man folgende enorme Differenzen:

	1890	1898	1890	1898	1903	1905	1908
Kentucky	53,2	60	89,8	59,7	38,4	65,2	63,7
Brazil	90,4	123,9	123,9	123,9	123,9	123,9	123,9

Für Braziltabak liegen erst seit 1903 Angaben vor. Danach stieg der Preis von 86,8 M. im genannten Jahre auf 123,9 Mark im Jahre 1907 und 123 Mark im Jahre 1908.

Diese Angaben lassen erkennen, daß man aus einigen willkürlich herausgerissenen Zahlen keine Schlusfolgerungen ziehen darf, wie das die „Deutsche Tageszeitung“ macht. Das Interessanteste dabei

aber ist, daß Kentuckytabak überhaupt keine Verwendung für Zigarren findet, er dient als Material für Kanakabak. Wie wahr's, wenn Knuten-Derzschon und sein Sachverständiger dazu verurteilt würden, jeden Tag ein halbes Duzend extra für sie aus Kentuckytabak angefertigte Zigarren zu rauchen? Das würde ihnen sicher ebenso übel ausfallen, als anderen Leuten agrarische Enttäuschungsmache über Vererbung der Konjunktur. Daß die üblichen Handelsaufschläge durch die aufzubewehende Arbeit und wirklich erforderliche Mehrausgaben nicht gerechtfertigt sind, haben wir schon öfter betont. Die Händler usw. machen den Junkern die Plünderung der Konsumenten nach, so weit und so gut sie können.

Konzentration im Eisenhandel.

Die Eisengroßhandlung Havens-Aktiengesellschaft beschloß die Erwerbung der eisenhandelsgeschäftlichen Unternehmungen der Firma W. J. Caro u. Sohn und Eduard Lindner zu Berlin und Breslau und die Beteiligung bei der Firma C. S. Weisshaus Nachfolger in Leipzig. Zu diesem Zwecke soll das Aktienkapital um 14 1/2 Millionen Mark auf 23 Millionen Mark und die Obligationsschuld um 4 1/2 Millionen Mark auf 7 1/2 Millionen Mark erhöht werden. Die neuen Aktien werden gleich den Obligationen den bisherigen Inhabern der genannten Firmen gegen ihre Einbringen in Zahlung gegeben, bis auf einen Betrag von circa 1 1/2 Millionen Mark Aktien, welche den alten Aktionären zum Kurse von 115 Prozent zum Bezuge angeboten werden dergestalt, daß auf je 6 alte Aktien eine neue ausfällt. Die Gesellschaft soll in der Folge Deutscher Eisenhandel, Aktiengesellschaft firmieren. So vollzieht sich wie in der Produktion auch im Handel die auf Konzentration gerichtete kapitalistische Entwicklung.

Eine agrarische Dividende. Die Zuckerfabrik Rajawien in Amsee (Posen) veröffentlicht jetzt ihre Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von dreißig Prozent.

Eine Versandsteigerung kann der Stahlwerksverband für den letzten Monat nachweisen. Der Versand an Produkten A betrug: 488 904 Tonnen Rohstahlgewicht gegen 419 016 Tonnen im August d. J. und 404 608 Tonnen im September 1908. Der Versand ist also 19 888 Tonnen höher als im August d. J. und 34 296 Tonnen höher als im September 1908. Von dem Septemberverband entfallen auf Halbzeug 186 487 Tonnen (120 928 Tonnen im August d. J. und 127 648 Tonnen im September 1908), auf Eisenbahnmaterial 165 225 Tonnen (162 686 Tonnen im August d. J. und 170 702 Tonnen im September 1908) und auf Formeisen 137 192 Tonnen (135 404 Tonnen im August d. J. und 166 258 Tonnen im September 1908).

Mit 6 1/2 Millionen Dollar Passiven ist nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ die Warenhausfirma Swofford Brothers in New York in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen agitieren für die „Gleichheit“.

Unsere „Gleichheit“, dieses treffliche Frauenorgan, das in einer glücklichen Vereinigung von praktischer und theoretischer Aufklärungsarbeit, für die Erweiterung und Vertiefung des Wissens sowie agitatorisches und verbendes Instrument der Sozialdemokratie ganz hervorragende Dienste leistet, hat einen neuen Jahrgang begonnen. Wir weisen darauf hin, mit dem dringenden Ersuchen an die Genossinnen, selbst die Zeitung zu abonnieren, soweit das noch nicht geschehen ist, weiter aber auch eine eifrige Verbetätigung für die „Gleichheit“ zu entfalten. Die Genossinnen müssen es sich zur Ehrenpflicht machen, dem Organ, das sich neben der Vertretung proletarischer Interessen, offiziell die Wahrnehmung der Interessen der Proletarierin zur Aufgabe macht, die weiteste Verbreitung zu verschaffen. Aus dem reichen Inhalt der Nr. 1 des neuen Jahrganges möchten wir besonders einen Artikel über „Die Entwicklung der zivilrechtlichen Stellung der Frau bis zur Gegenwart“ hervorheben. Jede Genossin wird ihn mit Vorteil lesen; manches, was ihr bisher noch dunkel war, wird ihr durch ihn verständlich werden. Erwähnung verdient auch, daß die „Gleichheit“ mit zwei Beilagen erscheint. Eine ist der Aufgabe gewidmet, der proletarischen Hausfrau und Mutter Wissen und Können auf diesem speziellen Gebiete zu vermitteln; die andere Beilage ist für die Kinder bestimmt und hat sie sich auch schon eine große Schar begeisterter Freunde und Freundinnen erworben.

Der Preis der „Gleichheit“ einchl. Beilagen beträgt vierteljährlich ohne Postgeld nur 55 Pf. Probe- und Egitationsnummern werden gratis abgegeben.

Gerichts-Zeitung.

Konkurrenzlampf.

Wohin der Konkurrenzlampf führen kann, zeigte eine gestern vor der 5. Strafkammer geführte Verhandlung, bei der sich der Ingenieur Oskar Huber und der Kaufmann Karl Werner, letzterer wegen Körperverletzung und Beleidigung, letzterer wegen Anstiftung bzw. Beihilfe, zu verantworten hatten. Der Kaufmann Julius Grieneisen war früher Inhaber der gleichnamigen Firma. Diese verkaufte er an den Kaufmann Andreas Volle, etablierte sich aber bald wieder unter der Firma Julius Grieneisen u. Co. in derselben Straße. Nun begann zwischen beiden Firmen ein heftiger Konkurrenzlampf, man machte gegenseitig Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft. Es folgten verschiedene Privat- und öffentliche Klagen. Der Angeklagte Werner war früher der Ehefrau einer Stieftochter des Julius Grieneisen. Ist aber seit längerer Zeit von dieser geschieden. Werner und Huber standen früher in Beziehung zu Julius Grieneisen, sie wandten sich aber von diesem ab und traten mit Andreas Volle, dem Gegner Grieneisens, in Verbindung. Sie nahmen beide an dem tobenden Konkurrenzlampf zwischen den beiden Grieneisen-Firmen teil und spielten auch in den verschiedenen Prozessen, die anhängig gemacht wurden, eine Rolle. Im Jahre 1908 trat Julius Grieneisen mit dem Schriftsteller Eduard Hirsch in Verbindung. Dieser leistete ihm seine Dienste zur Bekämpfung der von den Gegnern erfolglosen Angriffe. Er richtete am 4. September 1908 an Andreas Volle einen Brief und ersuchte ihn, in einer streng vertraulich ihm zur Durchsicht und Beurteilung der Sachlage übergebenen Angelegenheit um eine Rücksprache. Er wurde an den Sachwalter des Volle, Rechtsanwalt Dr. Ehrhardt, verwiesen, suchte diesen aber nicht auf, sondern bat in einem zweiten Briefe Herrn Volle nochmals um eine persönliche Rücksprache, um eine so unruhigende Sache wie den Konkurrenzlampf der beiden Firmen aus der Welt zu schaffen. „Den Ruf und die Vergangenheit der Herren Werner und Huber lenne er besser.“ Diesem Schreiben fügte Hirsch einen offenen Brief an den Reichstagsabgeordneten Dasbach bei und rühmte sich, Dasbach durch diesen offenen Brief zur Niederlegung seines Mandats gezwungen zu haben (1), und fügte hinzu: „Und ich kann Ihnen ohne Uebertreibung von mir sagen, daß der Mensch, vor dem ich mich zu fürchten hätte, noch geboren werden soll.“ Herr Volle zeigte diesen Brief dem Werner und dieser ließ am nächsten Morgen an Huber. Es wird behauptet, daß er dem Huber eine Abschrift des Briefes gereicht und gleich getragt haben soll, ob er einen Gummischlauch habe? Er müsse den Hirsch verprügeln. Eines Tages klingelte es an der Wohnung des Herrn Hirsch. Als geöffnet wurde, fand ein Mann in Arbeiterkleidung da, der dem Hirsch befehlte: er solle sofort in die Wohnung des Andreas Volle kommen. Als Hirsch in die Martin-Luther-Straße kam, trat der Angeklagte Huber an ihn heran, fragte ihn, ob er Hirsch sei, und auf die bejahebende Antwort schlug ihn Huber plötzlich mit einer Reitpeitsche mehrmals über das Gesicht und den Rücken. Als sich Publikum

massenhaft ansammelte, erschien der Angeklagte Werner auf der Bildfläche und rief in das Publikum: „Hier ist ein Kerlumber und Erpreßer mit der ihm zukommenden Strafe bedacht worden!“ Huber schrie dann am Nachmittag desselben Tages an Grieneisen eine Drohkortart und teilte ihm darin mit, daß er soeben den Hirsch wegen des Nötigungs-, Beleidigungs- und Erpreßungsbriefes ins Gesicht geschlagen habe, so daß dieser völlig zusammengesackelt sei. Huber schrieb dann auch einen Brief an Hirsch, in welchem sich schwer beleidigende Stellen fanden. — Das Schöffengericht hatte seinerzeit nur den Angeklagten Huber verurteilt, dem Angeklagten Werner dagegen freigesprochen. Es glaubte zwar, daß Werner die Verprügelung des Hirsch zuerst angeregt und die Rolle des Prügelnden dem Huber zugewiesen hatte, sah aber eine „Anstiftung“ doch nicht als vorliegend an, da Huber zugestanden hatte, daß er auch ohne die Anregung des Werner von selbst dazu gekommen sein würde, den Hirsch zu verprügeln. Der Angeklagte Huber wurde vom Schöffengericht wegen sämtlicher Vergehen zu 60 M. Geldstrafe verurteilt. Das Schöffengericht berücksichtigte, daß die von beiden Parteien im Konkurrenzlampf angewandten Mittel durchaus nicht barmherzig und strupellos waren. Das Gericht drückte auch seine Ansicht dahin aus: „daß, solange überhaupt der Mäher gekränkter Ehre durch die Weiche auch im Falle der Selbsthilfe, wie z. B. beim Durch, mißbräucht wird, eine solche Mißdeutung in Fällen wie dem vorliegenden angewendet werden kann. — Gegen das Urteil des Schöffengerichts legte der Nebenkläger Hirsch Berufung ein, sowohl wegen der zu geringen Strafe wie wegen der Freisprechung des Werner. In der gestrigen Verhandlung vor der Strafkammer ging es äußerst lebhaft und teilweise sogar turbulent zu. Rechtsanwalt Dr. Ehrhardt drückte als Verteidiger des Werner u. a. seine Ueberzeugung dahin aus, daß das ganze Vorgehen des Nebenklägers Hirsch nichts weiter als eine Erpreßung darstelle. Dafür spräche doch die Befügung des „offenen Briefes an Dasbach“, ferner die Tatsache, daß Hirsch noch zwei Briefe an Volle geschrieben, auf die „Große Glocke“ hingewiesen habe und daß dann auch in der „Großen Glocke“ ein Artikel über das „Verdichtungsinstitut Grieneisen“ erschienen sei. — Nebenkläger Hirsch wies den Vorwurf, erpreßerische Absichten gehabt zu haben, mit Entrüstung zurück und versicherte, daß er nur danach getrachtet hatte, ganz selbstlos die Zwistigkeiten der beiden Firmen aus der Welt zu schaffen. Er versicherte, daß er infolge des Ueberfalls eines Verwandten und Schäden an seinem Gehör erlitten habe. — Rechtsanwalt Bahn beantragte als Vertreter des Nebenklägers die Verurteilung der beiden Angeklagten zu Gefängnisstrafe! — Die mehrstündige Verhandlung endete damit, daß das Urteil, soweit es Huber betrifft, abgeändert wurde. Das erste Urteil wurde aufgehoben und Huber wegen gefährlicher Körperverletzung zu 500 M. Geldstrafe eventuell 100 Tagen Gefängnis verurteilt. Dagegen blieb es bei der Freisprechung des Angeklagten Werner. Bei Abmessung der Strafe gegen Huber berücksichtigte das Gericht, wie der Vorsitzende verurteilte, daß Huber und Werner durch die beiden Briefe des Hirsch sich in äußerster Noth bedroht und beunruhigt fühlen mußten, namentlich da dem einen Briefe eine Abschrift des Schreibens an Dasbach beifügt war, in welchem diesem die schwersten Angriffe angedroht waren. Dadurch mußte sich den beiden Angeklagten die Vorstellung aufdrängen, daß sie es mit einem äußerst gefährlichen Menschen zu tun hätten. Nur aus diesem Grunde ist von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen worden, die sonst bei einem solchen hinterlistigen Ueberfall unbedingt am Plage gewesen wäre.

Das Urteil des Schöffengerichts entspricht sicherlich mehr als dieses gesundem Rechtsempfinden.

Proteulentwendung.

Der Bäckermeister Helwich in Rixdorf und seine Frau waren vom Schöffengericht wegen Entwendung von Proteulen bezw. Anstiftung dazu zu drei bezw. zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In der nunmehr vor der Strafkammer statgefundenen Verhandlung wurde Frau Helwich freigesprochen, die Strafe gegen den Ehemann auf drei Tage Gefängnis herabgesetzt.

Freigesprochen von einer Meineidsanklage

wurde nach zweitägiger Verhandlung vom Eiferer Schloßberger der christlichsozialer Parteisekretär und Mediziner der „Arbeit“ Raffensußel und dessen Frau. Es war die die Oeffentlichkeit durchsicht nicht interessierende Behauptung aufgestellt, Raffensußel habe eine Nacht bei seiner Braut zugebracht. Gegen die Bekräftigung dieses Gerüchts, u. a. gegen die Frau des Berginspektors Storp, strengte Raffensußel Klage an. Die Klage wurde abgewiesen, weil angenommen wurde, das Gerücht sei als wahr erwiesen. In dieser Privatklage hatte die Braut unter Eid erklärt, ihr Bräutigam sei nicht des Nachts in ihrem Zimmer gewesen. Die Anklage nahm an, dieser Eid sei ein Falschheid und Raffensußel habe seine Braut zur falschen Aussage angestiftet.

Abgeordneter Wetterlé verurteilt.

In dem Beleidigungsprozeß des Professors Gneise-Kolmar gegen den Abgeordneten Wetterlé, der seinerzeit einem Schüler des hiesigen Anzeigens Karikaturen von Gneise gegeben und Gneise auch durch mehrere Veröffentlichungen beleidigt hatte, wurde der Abgeordnete Wetterlé in Kolmar zu einer Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Dem Kläger wurde das Recht der Veröffentlichung des Urteils zugesprochen.

Amstlicher Marktbericht der Rübischen Marktkaufen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag. Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr genügend, in Gänsen über Bedarf, Geschäft still, Preise nicht befriedigend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise wenig verändert.

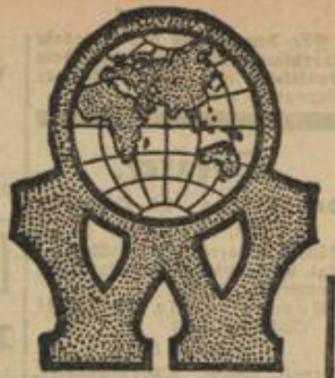
Briefkasten der Redaktion.

Die amtliche Sprachschule findet Lindenkraße 3, hinter Hof, letzter Eingang, des Treppens, Sackstraße, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestrichen 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprachschule um 6 Uhr. Jeder Nachfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Veranwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Wichtige Fragen tragen man in der Sprachschule vor.

G. S. 200. Teilen Sie dem Wirt mit, daß Sie Ihre Möbel herausnehmen werden, die Sie bei der Hinterlegungsdelle, Anwaltsstraße 52, deponieren, und daß Sie die Wohnung dem Wirt lediglich zum Beschäftigen lassen groß weitervermietung zur Verfügung stellen, aber sich ausdrücklich vorbehalten, in der Zeit bis zum 31. Dezember die Wohnung weiter zu bewohnen und eine höhere Verfügung der Wohnung für den Wirt nicht dulden. Der Eintritt in das Haus oder die Wohnung kann Ihnen keineswegs verweigert werden. — Wort 100. Unterlegung wird nur von der Gemeinde genehmigt, in der die Bedürftige wohnt. Verlangt die Gemeinde Erstellung des Vorauslagen von der früheren Wohnungsgemeinde, so kann diese die Aufnahme in eine Armenanstalt verlangen. Würde die Bedürftige in der neuen Wohnungsgemeinde ein Jahr lang wohnen, ohne Unterlegung erhalten zu haben oder solche zu beantragen, so erlischt das Recht der früheren Gemeinde.

G. S. 100. 1. Beziehen Sie es mit einem Antrag bei der Entbindungsdelle Artilleriestraße oder bei der Charité. 2. und 3. Der ungerechtfertigte Erzeuger ist verpflichtet, der Mutter die Kosten der Entbindung sowie die Kosten des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung und, falls infolge der Schwangerschaft oder der Entbindung weitere Aufwendungen notwendig werden, auch die dadurch entstehenden Kosten zu erlegen. Den gewöhnlichen Betrag der zu erlegenden Kosten (in Berlin rechnet man 80 bis 100 M.) kann die Mutter ohne Rücksicht darauf verlangen, ob die Aufwendungen in dieser Höhe tatsächlich stattgefunden haben. Schon vor der Geburt des Kindes kann ferner die Mutter eine einseitige Verfügung dahingehend beantragen, daß die gewöhnlichen Kosten (also 80 bis 100 M.) hinterlegt werden. Ferner kann die Mutter schon vor der Geburt eine einseitige Verfügung dahingehend beantragen, daß der Vater den für die ersten drei Monate dem Kinde zu gewöhnlichen Unterhalt abhald nach der Geburt an die Mutter oder an den Vormund zu zahlen oder den erforderlichen Betrag angemessene Zeit vor der Geburt zu hinterlegen hat. Von diesem Recht Gebrauch zu machen, ist in allen Fällen zweckdienlich, in denen der Vater freiwillig vorherige Zahlung ablehnt.

A. WERTHEIM G.M. B.H.



LEIPZIGER STRASSE

ROSENTHALER-STRASSE.

ORANIEN-STRASSE.

Versand-Abteilung Berlin W. 66.

In dieser Woche besonders preiswerte

LEBENSMITTEL soweit der Vorrat reicht:

Kaiserschoten extra	1.25, 68 Pf.
Kaiserschoten	1.10, 60 Pf.
Junge Schoten II	52 Pf. 32 Pf.
Junge Schoten III	45 Pf.
Junge Schoten IV	36 Pf.
Karotten	45 Pf.
Gemischt. Gemüse extra-fein	1.20, 65 Pf.
Gemischtes Gemüse II	60 Pf. 35 Pf.
Gemischtes Gemüse	46 Pf.

Riesen-Stangenspargel	1.80, 95 Pf.
Stangenspargel extrastark	1.65, 88 Pf.
Stangenspargel I	1.40, 75 Pf.
Stangenspargel II	1.25, 68 Pf.
Stangenspargel III	1.10, 60 Pf.
Riesen-Bruchspargel	1.30, 70 Pf.
Bruchspargel extrastark	1.25, 68 Pf.
Bruchspargel I	1.00, 55 Pf.
Bruchspargel II	80 Pf. 45 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe	70 Pf. 40 Pf.
Abschnittspargel	46 Pf. 28 Pf.

Saure Kirchen ohne Steine	85, 48 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen	60, 35 Pf.
Mirabellen	63, 37 Pf.
Erdbeeren	90, 50 Pf.
Aprikosen halbe Frucht	90, 50 Pf.
Preisselbeeren 1/2 Dose	1.10, 58 Pf.
Heidelbeeren	55, 33 Pf.
Melange Früchte	85, 48 Pf.
Stachelbeeren	58 Pf.

Rheinisches Kraut mit Kristallzucker eingekocht	Dose ca. 2 Pfund 80 Pf., Dose ca. 1 Pfund 42 Pf.
Gemischte Marmelade	Eimer ca. 5 Pfund 1.20, Eimer ca. 10 Pfund 2.20
Marmelade Erdbeer-, Himbeer-, Orange-, Kirsch- und Johannisbeeren, Topf	35 Pf.

Schinkenwurst	Pfund 1.15 Mk.
Salamiwurst	Pfund 1.15 Mk.
Zervelatwurst	Pfund 1.10 Mk.
Landschinken ca. 8-12 Pfund schwer	Pfund 1.10 Mk.
Mausschinken ca. 2-3 Pfund schwer	Pfund 1.20 Mk.
Schinkenspeck	Pfund 1.00 Mk.
Gänsebrust	Pfund 1.45 Mk.
Hallesche Leberwurst	Pfund 1.00 Mk.
Feine Leberwurst	Pfund 95 Pf.
Landleberwurst	Pfund 90 Pf.
Jagdwurst	Pfund 90 Pf.
Rotwurst	Pfund 45, 65 Pf.
Teewurst	Pfund 1.15 Mk.
Königsbg. Fleck 1/2 Dose	85, 1/2 Dose 50 Pf.

Kasseler Rippespeer

Pfund 80 und 90 Pf.

Junge Gänse	Pfund 55, 62, 66 Pf.
Hasen gestreift	2.50, 3.60

Räucheraale	Pfund 1.20
Kieler Bücklinge	4 Stück 10 Pf.

Italien. Tafelbirnen Selplone	Pfund 14 Pf.
Kochbirnen 7 Pf., Kochäpfel	Pfd. 10 Pf.
Tiroler Äpfel	Pfund 8 Pf.
Pfirsiche	Pfund 20 Pf.
Blaue Weintrauben	Pf. 13 Pf.

Bratheringe	Dose 45 Pf.
Bismarckheringe	Dose 45 Pf.
Heringe in Aspice	Dose 33 Pf.
Delikatess-Heringe in verschiedenen Saucen	1/2 Dose 78, 1/4 Dose 50 Pf.
Aal in Gelee	Dose 70 Pf.
Russische Sardinen	Glas 24 Pf.
Anchovis	Glas 24 Pf.
Gabelbissen	Dose 38, 52 Pf.
Appetit-Sild	Dose 33 Pf.

Französische Ölsardinen

Marke Amieux Frères	1/2 Dose 1.60, 1/4 Dose 90 Pf.
In Tomaten, 1/2 Dose	95 Pf., 1/4 Dose 65 Pf.
Block 8 Dosen in verschied. Zubereitung	3.15, 4 Dosen 2.15
Marke Arsène Saupiquet	1/2 Dose 1.80, 1/4 Dose 1.15, 1/8 Dose 65 Pf.
Block 8 Dosen in verschied. Zubereitung	3.15, 8 Dosen 1.70
Ölsardinen Specialmarke	1/2 Dose 2.50, 1/4 Dose 1.30, 1/8 Dose 75, 1/16 Dose 48 Pf.

Victoria-Erbesen	Pfund 16 Pf.
Kleine Erbsen	Pfund 15 Pf.
Glasierte Erbsen	Pfund 23 Pf.
Glasierte Erbsen grün	Pfund 26 Pf.
Spalterbsen	Pfund 16 Pf.
Linsen I	Pfund 20 Pf.
Linsen II	Pfund 12 Pf.
Bohnen	Pfund 14, 17, 23 Pf.
Rangoon-Reis	Pfund 15 Pf.
Bassein-Reis	Pfund 19 Pf.
Java-Reis	Pfund 24, 28, 35 Pf.

In unserem Geschäftshause Rosenthaler-Strasse:

Rindfleisch

Roastbeef Pfd. 90 Pf., ohne Knochen	1.20
Filet Pfd. 95 Pf. ausgeschält	1.50
Schmorfleisch 80, ohne Knochen	90 Pf.
Fehl- u. Querrippe	Pfd. 70 Pf.
Kamm	Pfd. 65 Pf.
Goulasch	Pfd. 75 Pf.
Leber Pfd. 80 Pf. Talg	Pfd. 45 Pf.

Hammelfleisch

Keule	Pfd. 75 u. 80 Pf.
Rücken	Pfd. 80 Pf.
Dünnung	Pfd. 60 Pf.
Ragout	Pfd. 70, Leber 80 Pf.
Dieke Rippe	Pfd. 75 Pf.
Lunge	Stück 40 Pf.
Knochenfleisch	Pfd. 25 Pf.

Schweinefleisch

Filet	Pfd. 1.20
Schinken v. jung. Schwein	75 bis 80 Pf.
Kotelettes	Pfd. 90 Pf.
Kamm u. Schuft	Pfd. 85 Pf.
Gehacktes Fleisch	Pfd. 60 Pf.
Pökelrinderbrust	Pfd. 90 Pf.
Pökelkamm	Pfd. 85 Pf.

Kalbfleisch

Keule	Pfd. 85 u. 90 Pf.
Nierenstück	Pfd. 85 Pf.
Rücken u. Brust	Pfd. 85 Pf.
Haxe	Pfd. 60 Pf.
Schnitzel	Pfd. 1.40
Leber	Pfd. 1.40
Lunge	Stück 1.20

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichshagen).

Druckerei-Nacharbeiter!

Zahlmorgen am Sonntag, den 17. Oktober, bei Julius Meyer, Oranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Wie haben wir den Besuch unseres Zahlmorgens? 2. Stiftungsfeier. Zahlreiches Erscheinen erwarten Die Bezirksführer.

Schöner Wahlkreis. Am Sonntag, den 17. Oktober, veranstalten die Weddingener Genossen ein Konzert in den Pianosälen. Billetts sind noch zu haben bei Metzger, Wiesenstraße 29, Glauke, Liebenwalder Str. 4, Nieß, Behmstraße 8.

Neuenhagen und Umgegend. Für unseren Bezirk findet Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Lokale von Max Gierle, Frederksdorf, eine Mitgliederversammlung statt. Vormittags „Fidel“-Verbreitung.

Frederksdorf-Petershagen. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Zahlabend im Lokal von Max Gierle, Frederksdorf.

Bernau, Röntgenal. Heute abend Zahlabend in den bekannten Lokalen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Kommunalwahlbewegung

Kommt langsam in Fluss. Wie immer waren unsere Genossen die ersten auf dem Wahlfelde. Unsere Gegner sind aber auch nicht untätig, nur daß sie weniger öffentlich arbeiten, wie wir dies tun. Sie sind jetzt dabei, ihre Kandidaten zu nominieren, wobei sie ganz besondere Bezirke aufs Korn genommen haben, die sie entweder zu halten, andererseits uns abzunehmen gedenken. Daß ihnen letzteres nicht gelingt, dafür werden unsere Genossen zu sorgen wissen. Im 2. Kommunalwahlbezirk der 3. Abteilung, der bisher vom Hotelbesitzer Leis vertreten war, ist der genannte freisinnige Stadtverordnete von neuem aufgestellt worden. Während von unserer Seite der Genosse Stoltenberg kandidiert, bewirbt sich auch die sogenannte Bürgerpartei um das Mandat; sie hat in dem Rechtsanwalt Ulrich einen Kandidaten aufgestellt.

Eine vom früheren Magistratsvorsitzenden herausgegebene Wahlkorrespondenz findet es geschmackvoll, von dem im 18. Bezirk dem freisinnigen Fabrikanten Fria gegenübergestellten Genossen Kerfin zu sagen, es sei der bekannt gewordene Gastwirt aus der Badstraße (soll Bankstraße heißen). „Bei dem vor einiger Zeit die Polizei Bomben beschlagnahmt habe, die Russen in seinem Keller niedergelegt hätten“. Abgesehen von dieser Geschmacklosigkeit ist die Behauptung von einem W o m b e n fund aus den Fingern gezogen. Die Polizei erzählte nur von einem Waffensunde. Im 28. Bezirk, in dem Genosse Nucht kandidiert, soll der Gewerksvereiner Klein aufgestellt werden. Im 31. Bezirk ist ein Kaufmann Groß ausersuchen, den uns gehörigen, bisher vom Genossen Schubert vertretenen Bezirk abzunehmen. Bekanntlich ist von unserer Seite Genosse Kurt Rosenfeld an Stelle des erkrankten Genossen Schubert aufgestellt worden. In einer am Dienstag im Saale der Böhmw-Brauerei stattgefundenen Versammlung des freisinnigen Bezirksvereins der Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt wurde nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Dr. Schepp beschloffen, dem Komitee des 31. Kommunalwahlbezirks 200 M. zu Wahlzwecken zu überweisen.

Der Berliner Magistrat gegen den Verwaltungsdirektor der Charité.

Ueber mangelnde Krankenfürsorge in Groß-Berlin hat der Verwaltungsdirektor der königlichen Charité Geheimrat Pütter in den Annalen der Charité lebhaft Klage geführt. Wegen die auch von uns abgedruckten Ausführungen des Herrn Pütter wendet sich der Berliner Magistrat in folgenden Darlegungen:

„In der Öffentlichkeit wird neuerdings wieder die unrichtige Ansicht verbreitet, daß die Krankenhauseinrichtungen Berlins zurzeit trotz der unlängst erfolgten Eröffnung des zur Aufnahme von 2000 Kranken bestimmten städtischen Rudolf Virchow-Krankenhauses noch völlig unzureichend seien, daß dauernd Platzmangel wegen Ueberfüllung, ja eine wirkliche „Krankenhausnot“ bestehe.

Dabei wird unter anderem behauptet, daß nach Auskunft der Zentralmeldestelle für den Krankheitsnachweis die Abweisungen Tuberkulöser von den Krankenhäusern täglich 20 bis 30 betragen hätten, so daß bei täglich durchschnittlich 33 Abweisungen deren 12 776 im Jahre erfolgen müßten. Die Zentralmeldestelle hat eine derartige, völlig unzutreffende Auskunft nie erteilt. Ausweislich der von ihr geführten Statistik hat in der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis dahin 1909 die Gesamtzahl der wegen Platzmangels abgewiesenen Kranken a l l e r Art — einschließlich aller Tuberkulösen — 3459 oder durchschnittlich täglich 9—10 betragen!

Naturngemäß entfällt die bei weitem größte Inanspruchnahme der städtischen Krankenhäuser in den Winter, also in die Monate Dezember bis April. Der letzte Winter ist besonders hart gewesen und so haben sich die Krankenhäuser auch in erheblich stärkerem Maße als sonst namentlich mit Lungenleidenden gefüllt. Dazu kam, daß eine hartnäckig andauernde Scharlachepidemie im Durchschnitt täglich, allein in den städtischen Krankenhäusern, mehr als 200 Betten für derartige Kranke erforderte. Außerdem mußte für unvorhergesehene Entseferung von Cholera, Pockenkranken und dergleichen ständig eine größere Anzahl Betten bereitgehalten werden.

Der unter diesen besonders ungünstigen Umständen damals mehrfach in empfindlicherem Umfange eingetretene Platzmangel veranlaßte die städtische Krankenhausdeputation sofort, umfassende Vorkehrungen zur unberzöglichen Beseitigung des Mißstandes zu treffen. Bereits am 16. Dezember 1908, demnach am 10. und ferner am 22. Januar dieses Jahres wurde im Rudolf Virchow-Krankenhaus je eine Station mit 50, zusammen also 100 Betten für innerlich Kranke neu eröffnet, auf vielen der vorhandenen Stationen der inneren Abteilungen aber wurden noch zahlreiche Betten eingeschoben. Die Zahl der Abweisungen sank infolgedessen alsbald um circa 60 Proz., sie betrug im April und Mai im Durchschnitt täglich vier bis fünf Personen.

Gegenwärtig sind von den 4600 städtischen Krankenhausbetten nur rund 3700 belegt, mit hin rund 900 Plätze frei, obwohl noch immer mehr als 200 Betten von Scharlachkranken in Anspruch genommen werden.

Trotz dieses augenblicklichen Ueberflusses an freien Plätzen sind aber auch jetzt vereinzelt Abweisungen wegen Ueberfüllung gewisser Stationen nicht ausgeschlossen. Sie werden jedoch auch in Zukunft bei noch so erheblicher weiterer Vermehrung der Bettenzahl nicht ganz verschwinden, weil eben bei der heutigen weitgehenden Sondernung und Gruppierung der Kranken nach der Art ihres Leidens und wegen der plötzlich eintretenden Notwendigkeit zur Schließung einzelner Abteilungen wegen Infektion stets der Fall eines Platzmangels für gewisse Krankheitsformen eintreten kann, den sofort zu beheben nicht immer möglich ist.

Für den kommenden Winter ist auch bei gleichem oder noch stärkerem Andrang von Kranken als im vorigen die Versorgung vor einer sogenannten „Krankenhausmiserie“ in keiner Weise gerechtfertigt, da im Rudolf Virchow-Krankenhaus jederzeit noch eine

Mehreinstellung von 200 Betten erfolgen kann und die Hospitäler in der Kröbel- und Falkenstrasse — ganz abgesehen von dem erst zu einem Drittelle belegten Hospital in Buch — noch Platz zur Unterbringung von circa 200 unheilbaren Kranken und vorgeschrittenen Tuberkulösen bieten. Infolge der neuerdings getroffenen Anordnungen werden in Zukunft die Krankenhäuser von den unbemittelten Siechkranken, welche sie sehr zumungunsten der Heilbaren belasteten, wesentlich schneller als bisher entlastet werden.

Zu dem erhobenen dringenden Rufe nach mehr Krankenhäusern sei schließlich noch bemerkt:

Im Krankenhause Friedrichshagen wird gegenwärtig die Infektionsabteilung um 62 Betten erweitert. Die betreffenden Neubauten werden bereits im nächsten Sommer zur Eröffnung gelangen.

Noch in diesem Jahre wird ferner mit dem Erweiterungsbau des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhauses begonnen, wodurch die Zahl der Betten für kranke Säuglinge und Kinder um 60 vermehrt wird. Durch den im Jahre 1905 erfolgten Ankauf des ehemaligen Erziehungshauses am Urban ist die Stadtgemeinde überdies in der Lage, in wenigen Monaten die dortige Krankenstation um mehr als 100 Betten zu vergrößern. Endlich ist von den städtischen Behörden die Errichtung einer Anstalt für Brustkranke mit zunächst 500 Betten beschloffen. Das Bauprogramm wird zurzeit von der Krankenhausdeputation erneut beraten. Dabei sei noch erwähnt, daß auch die Errichtung eines größeren Krankenhauses für geschlechtskranke Prostituierte in Vorbereitung ist.

Die Stadtverwaltung ist demnach längst damit beschäftigt, auch einem künftigen Bedürfnisse für die Errichtung weiterer Krankenhäuser zu genügen.

So weit der Berliner Magistrat. Was die in dem Exposé mitgeteilten Zahlen über die Abweisungen Tuberkulöser von Krankenhäusern betrifft, so müssen wir es Herrn Pütter überlassen, dem Magistrat zu antworten. Wenn aber der Magistrat sich zur Entlastung der Pütter'schen Ausführungen darauf beruft, daß in den städtischen Krankenhäusern 900 Plätze frei sind, so ist dieser Einwand durchaus nicht geeignet, die Pütter'schen Darlegungen zu erschüttern. Man muß da zunächst wissen, wie diese Zahl zusammengezeichnet worden ist. Bei früheren Debatten im Rathaus über die Krankenhausnot haben wir in dieser Beziehung die sonderbarsten Aufmachungen erlebt und das muß zur Vorsicht mahnen. Zu bedenken ist, daß der Geheimrat Pütter billige Heilanstalten fordert, der Magistrat aber die Kurkostenhöhe in den Krankenanstalten von neuem erhöht hat. Was nützen denn die schönsten Krankenhäuser, wenn die Kurkosten in einer Weise erhöht werden, daß die Kranken und vor allem die Krankenlassen die Kurkosten nicht mehr aufbringen können! Der beste Beweis hierfür sind unsere städtischen Heimstätten, in denen gleichfalls eine erhebliche Zahl freier Betten vorhanden sind. Das ist aber nicht deswegen der Fall, weil keine für diese Einrichtungen geeigneten Personen vorhanden sind, sondern weil die Kosten höhere geworden sind. Genau so steht es mit der Verlegung unserer Krankenhäuser. Die Krankenlassen werden infolge des Fiskalismus der Stadt Berlin direkt gezwungen, bei Ueberweisungen von Kranken an Krankenhäuser noch gewissenhafter als bisher zu verfahren, wollen sie nicht dem Ruin entgegengehen. Wenn es unter solchen Umständen dahin kommt, daß eine größere Anzahl freier Betten in den städtischen Krankenhäusern vorhanden sind, so ist das ganz begreiflich. Nur soll der Magistrat daraus nicht etwa den Schluß ziehen, daß für alles bestens gesorgt ist. Das Gegenteil kann man eher annehmen. Der Gesundheitszustand der Berliner Bevölkerung ist durch die engherzigen Maßnahmen der städtischen Behörden schlechter geworden. Gerade die oben angegebenen Zahlen über freie Plätze in Krankenhäusern beweisen, wie verfehlt der Beschluß der städtischen Behörden auf Erhöhung der Kurkostensätze war. Es sollte schleunigst dafür gesorgt werden, daß dieser Beschluß wieder aufgehoben würde.

Mit gewissem Interesse haben wir gelesen, daß das von uns bereits erwähnte Projekt der Errichtung einer Anstalt für Brustkranke „zurzeit von der Krankenhausdeputation erneut beraten“ wird. Offenlich werden diese Beratungen bald abgeschlossen. „In Vorbereitung“ ist auch die Errichtung eines größeren Krankenhauses für geschlechtskranke Prostituierte. „In Vorbereitung“ ist bei uns bekanntlich nach einem Ausspruch des Stadtrats Ledermann alles. Was es aber mit diesem Projekt auf sich hat und in wie weitem Maße es sich befindet, haben wir erst kürzlich berichtet. Etwas mehr Dampf in diesen Fragen, die für den Gesundheitszustand der Berliner Bürgerschaft von großer Bedeutung sind, könnte nichts schaden.

Ueber die amerikanische Arbeiterbewegung

wird am Freitagabend im Gewerkschaftshause Genosse Viktor Berger sprechen. Genosse Berger, einer der Führer der sozialistischen Bewegung Amerikas, der von der Sozialdemokratie der Vereinigten Staaten zur Sitzung des Internationalen Bureaus delegiert worden ist, weiß zurzeit in Berlin, wo er die Gelegenheit benutzen wird, den Berliner Genossen ein Bild der amerikanischen Arbeiterbewegung zu geben. Die Genossen werden sicherlich nicht verfehlen, durch massenhaften Besuch ihr Interesse für die amerikanische Bruderpartei zu bekunden!

Der Verstorbene in der Landtagswählerliste.

Wir teilen vor einiger Zeit mit, daß im 608. Urwahlbezirk ein Wähler der ersten Abteilung in der Liste steht, obwohl er im Mai dieses Jahres verstorben ist. Von einer Seite wurde dagegen Einspruch erhoben unter Angabe des Namens und der Wohnung des Verstorbenen. Auf diesen Einspruch erging der folgende Bescheid:

1100 Berlin, den 23. September 1909. Ihr Antrag auf Streichung des Maurermeisters Herrn Georg Fiedler in der Liste des 608. Urwahlbezirks wird abgelehnt, weil nicht glaubhaft nachgewiesen ist, daß derselbe verstorben ist. Magistrat hiesiger königl. Haupt- und Residenzstadt. Beglaubigt: Reumann.

Die Antwort ist kläfflich. Anstatt selbst sofort Recherchen einzuziehen, damit ein Verstorbener aus der Liste gestrichen wird, verlangt man, daß der Einsprucher diesen Nachweis führt. Für die Wahl ist es nicht unerheblich, ob ein bestimmter Wähler der ersten Abteilung in der Liste stehen bleibt oder nicht, da die Streichung eines Wählers unter Umständen eine Verfechtung der Abteilungsgrenzen zur Folge hat. Aber unser Wahlbureau fragt nicht danach, es verlangt, daß der Protestheber noch Schema F Beweismittel beibringt. Trotzdem verjante derselbe dem Verlangen nachzukommen. Das war natürlich nicht so leicht. Er wandte sich an das Polizeirevier, an das Einwohner- und Meldeamt, überall wurde erklärt, daß der Maurermeister F. tot ist. Das sind aber alles keine „glaubhaften“ Beweise für das Wahlbureau. Vielleicht bedient sich das letztere der Reichspostbehörde, indem sie an den Verstorbenen schreibt, ob er wirklich tot ist. Ein anderer Rat kann dem Wahlbureau nach seinen Leistungen kaum mehr gegeben werden, um glaubhafte Beweise für den Tod des F. zu erhalten.

Es ist erlaunlich, mit welcher Zähigkeit das Bureau an dem veränderten Bureaukriterium hängt, und sollten selbst Verstorbene in der Wählerliste verzeichnet bleiben.

Soldatenpikareske. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ berichtet von einer „Parade“, die am vorigen Sonntag in Gegenwart eines H. Publikums über die „Erste Berliner Turn- und Gergierschule für Knaben besserer Stände“ in den Ausstellungshallen am Zoo abgehalten worden ist. Am Portal standen zwei Schilderhanschen und davor zwei militärisch ausgerüstete Jungen, die den vorbeikomenden Offizieren stramm die Honneurs erteilten. Es soll ein „prächtiger Anblick“ gewesen sein, was wir dem speichelstreichenden Scherl-Blatt ohne weiteres glauben. Nachdem die 120 zukünftigen Generale, Admirale und — Kommerzienräte im Ausstellungssaal mit Sturm angegriffen und ein nervenerschütterndes Siegesgeheul angestimmt hatten, „erfolgten zahlreiche Bescherungen“, über welche die Eltern, darunter sehr hochgestellte Personen, außer Mund und Hand waren.

Künftig wird man noch die „Wacht am Rhein“ und „Heil die im Siegerkranz“ blasen, sobald die zappelnden Herren Jungen der vornehmen Klasse ins erste Badewasser kommen. Mit dem Gelm auf dem Kopfe packt man sie ins Stroh, und in preußischer Uniform machen sie ihre ersten Gehversuche. Damit alles lässig national angestrichen aussieht — von der Wiege bis zur Bahrel Wenn aber jugendliche Arbeiter, die aus den Kinderläusen schon heraus sind, Sonntags eine Erholungspartie ins Freie machen und dabei ein rotes Fähnchen entfalten, was ein noch viel prächtigerer Anblick ist, springt der Gendarm dazwischen und schleppt den Fahnenträger auf die Polizei. Unsere disziplinierte Arbeiterjugend macht freilich noch nicht mal vor einem königlich preussischen Gendarm „Honneur“.

In der Direktionskammer des Märkischen Museums am 13. Oktober wurde der Etat für 1910 beraten. Dabei wurde Kenntnis von dem außerordentlichen Besuche des Museums innerhalb der letzten sechs Monate gegeben. Es sind in dieser Zeit nicht weniger als 15 000 Kataloge verkauft worden. Da höchstens 1/2 der Einzelbesucher sich einen Katalog kauft und außerdem viele das Museum in Gruppen unter Führung Besuchender — Vereine, Schulen usw. — in dieser Zahl nicht enthalten sind, so zeigt diese Zahl das erfreuliche Interesse der Berliner Bürger an den Denkmälern der Vorzeit und rechtfertigt aufs neue die von der Stadtgemeinde für das Museum gemachten Aufwendungen.

Unter den Rädern eines Grunewaldzuges gerammt. Einen schrecklichen Tod hat eine unbekannt Frau auf der Grunewaldbahn gefunden. Sie wurde unter den Rädern eines Zuges vollständig gerammt. Ein Streckenbeamter fand später den zerstückelten Leichnam auf. Auf welche Weise die Unbekannte auf die Gleise geraten ist, konnte mit Sicherheit nicht ermittelt werden. Es wird vermutet, daß es sich um die Tot einer Lebensmüde handelt. Jedenfalls hat sich die Letztere in selbstmörderischer Absicht vor die Lokomotive des heranbrausenden Zuges geworfen. Der Kleidung nach zu urteilen hat die Tote anscheinend den besseren Ständen angehört. Sie dürfte etwa 30 Jahre alt gewesen sein und hatte dunkelblondes Haar.

Das Eisenbahnunglück bei Reinickendorf-Rosenthal, über das wir gestern unter „Reizte Nachrichten“ berichteten, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Sicherung der Bahnübergänge und weist erneut auf den Umstand hin, daß bei Reinickendorf keine Barrieren vorhanden sind. Auch der Uebergang bei Wittenau hat keine solchen Wegeführanten. Die Bahnbauverwaltung sucht denn auch alle Schuld von sich abzuwälzen und den Aufsicht für das Unglück verantwortlich zu machen, während die Ursache des Unglücks unserer Meinung nach in den Einrichtungen zu suchen ist. Der Behauptung der Bahnbauverwaltung gegenüber, daß 100 Meter vor der Warnungstafel der Maschinenführer das auf der Lokomotive befindliche Läutewerk in Tätigkeit gesetzt habe, erklärt der Schlächtermeister Maiwald:

„Ich fuhr auf dem Wittenauer Wege langsam dahin. Ich habe diesen Weg schon dreimal gemacht und kenne ihn ziemlich genau. Daß eine Eisenbahnkreuzung und keine Schranken vorhanden sind, wußte ich, nahm aber als selbstverständlich an, daß der Kreuzungspunkt abends beleuchtet ist. Von dem Herannahen des Zuges habe ich nichts bemerkt. Ich habe auch kein Läutewerk gehört. Wöglich hab ich neben mir zwei Laternen, es gab einen ungeheuren Anprall, und was weiter geschah, ist, weiß ich nicht mehr. Der neben mir stehende Aufsicht muß auch kein Läuten oder Pfeifen gehört haben, sonst hätte er mich darauf aufmerksam gemacht. Wegen eines Augenleidens vermeide ich jeden Alkohol und habe den ganzen Tag nichts getrunken. Auch der Aufsicht war völlig nüchtern.“

Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Neben der Leitung der Reinickendorf-Liebenwalder Kleinbahn stellt auch die Aufsichtsbehörde die Eisenbahndirektion Berlin, Vernehmungen an. Das Unglück hat noch ein viertes Opfer gefordert. Im Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhause in der Reinickendorfer Straße ist über Nacht auch der siebenjährige Max Konrad, der Sohn eines Museumsdirektors, seinen Verletzungen erlegen. Der zwölf Jahre alte Bruder Erich Konrad liegt noch im Krankenhause schwer verletzt danieder. Bei der Katastrophe ist auch die achtjährige Tochter Frida des Gasarbeiters Arndt aus der Waldstr. 53 in Reinickendorf-West mit verunglückt. Das Mädchen fand gleichfalls im Kinderkrankenhause Aufnahme. Das Befinden des Schlächtermeisters Maiwald und seiner sechsjährigen Tochter Grete Maiwald hat sich wesentlich gebessert, so daß bei ihnen Lebensgefahr ausgeschlossen erscheint. Die Trümmer des verunglückten Schlächterwagens wurden gestern vormittag von der Unfallstelle fortgeräumt.

Wie wir weiter erfahren, wird sich der Vorstand des Vereins der Berliner Sororte in einer heute stattfindenden Vorstandssitzung mit der Katastrophe beschäftigen. Der Verein wirkt seit Jahren dafür, daß an den belebten Riveanübergängen in der Umgegend von Berlin Schranken aufgestellt werden.

Todesopferung von der Schillingstraße. In der Spree hat sich gestern abend ein jugendlicher Selbstmörder ertränkt. Der Unbekannte, der etwa 20 Jahre alt gewesen sein dürfte, hatte durch sein eigenartiges Benehmen die Aufmerksamkeit der Passanten hervorgerufen. Möglich ist, daß er sich über das Geländer hinweg in die Spree hinab. Obwohl sofort Rettungsversuche unternommen wurden, konnte der Lebendmüde nicht mehr gerettet werden.

Der geflohene Offizierskoffer. In eine peinliche Situation ist ein fremder Offizier durch einen Dieb gedrängt worden. Der Oberleutnant Hinfiedt vom 98. Infanterieregiment wollte die Rückfahrt nach Mey antreten und hatte seinen Koffer nach dem Bahnhof Friedrichstraße dirigiert. Als er dann abfahren wollte, war der Koffer verschwunden. Ein Dieb hatte ihn auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise gestohlen. Da er eine ganze Reihe von Uniformstücken und Waffenrocken enthielt, so ist der bestohlene Offizier in eine recht unangenehme Situation geraten.

Von einem Wagen der Meierei Wosse sollte dieser Tage ein elfjähriger Knabe in der Kaiser-Wilhelm-Straße überfahren werden sein. Von beteiligter Seite werden wir gebeten, darauf hinzuwirken, daß im vorliegenden Falle ein Verzug vorkommt. Der Wagen, um den es sich handelt, fuhr von der Spandauer Straße in die Kaiser-Wilhelm-Straße ein in einem Augenblick, als eine Anzahl Knaben auf dem Straßendamm spielten. Die Knaben stoben auseinander, wobei einer zu

Falle kam. Der Aufseher hielt sofort und der unter dem Pferde liegende unbeschädigte Knabe stand auf und rannte davon, seine Schutzmappe liegend. Als ein Schuttmann den Aufseher feststellen wollte, konnte der Knabe nicht mehr ermittelt werden.

Um des schändlichen Rammons willen

Will sich ein früherer katholischer Geistlicher eine Frau zulegen. Er tut das auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Inzerats. In der „Morgenpost“ ist zu lesen:

Frauchen bis dreißig, vermögend, wünscht früherer katholischer Geistlicher, jetzt evangelisch, Lehrfach, moderndenkend. Offerten, N. R. 572 Hauptexzedition.

Wie oft mag dieser geistliche Herr gegen den Besty irdischer Güter gewettert haben!

Von einem Feuerwehrautomobil überfahren und schwer verletzt wurde am Dienstagabend eine unbekannte Frau an der Kreuzung der Prinzen- und Annenstraße. Die Feuerwehr fuhr vorwärtsmäßig auf der rechten Seite und gab das übliche Signal. Trotzdem verfuhr eine Frau an dem Automobil, das nicht einmal übermäßig schnell fuhr, vordereinander. Dabei streifte die Kleider eines der Räder, die Frau wurde erfasst und heftig geschleudert. Die Feuerwehr hielt sofort. Die Frau wurde gleich mittels Droschke nach dem städtischen Krankenhaus am Urban gefahren. Sie war aber auf dem Transport schon verstorben. Die Ärzte konnten nur den Tod der unbekannten Frau feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe geschafft. Der bedauerliche Unfall wäre glücklicherweise abgelaufen, wenn die Frau nicht mit dem Hinterkopf auf das Pflaster gefallen wäre und dadurch einen Schädelbruch erlitten hätte.

Die Gräfin Strachwitz als „Schloßherrin“. Daß die illegal ermordete Gräfin Strachwitz, deren Salond in der Charlottenstr. 2 und Friedrichstr. 80 in der Berliner Ledewelt einen so großen „Aufschlag“, eine Festung als „Schloßherrin“ figuriert hat, wird erst jetzt bekannt. Sie hatte im vorigen Jahre das alte Schloß Bettinshöhe auf den Köhnenbergen im Meißner Land gemietet. Niemand ahnte damals, was für ein romantisches, wechselvolles Leben hinter der Dame lag, man gewährte ihr bereitwilligst Kredit, die Gewerbetreibenden bewilligten gern die Ausführung der Aufträge, freute man sich doch, daß endlich auf dem seit Jahren vereinsamten Schloße frisches Leben zu pulseren beginnen sollte. Als sie aber, so teilt die „Kösch. Zig.“ mit, nach Monaten auf die Bezahlung der Rechnungen vergeblich warteten, als sogar die Güter des Gutes oftmals auf dem Wege Blüte mochten und schließlich auch der Mann mit den Kleidermarken auf dem Schloße eintraf, erging man sich in allerhand Vermutungen. Die Gräfin empfing oftmals Herrengesellschaft, die in Automobilen eintraf, und das waren für das Schloßpersonal, das aus einer Hofe, einem Gärtner und Diener bestand, jedesmal einkaufsreiche Tage. Nach etwa einem halben Jahre fröhlichen Lebens zog die Gräfin von dannen und zahlreiche Gläubiger hatten das Nachsehen.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

In der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag gab gleich der erste Punkt Anlaß zu einer recht ausgedehnten Debatte. Und zwar handelte es sich um Genehmigung von Etatüberschreitungen bei den städtischen Werken in der respektablen Höhe von 842 000,40 M. Diesen Mehrausgaben steht allerdings eine durch gesteigerten Bedarf bedingte Mehreinnahme gegenüber; in immerhin betragen die einbürtigen Mehrausgaben nach Abzug der Mehreinnahmen noch die Summe von 114 023,98 M. In welcher Weise bei den Werken gewirtschaftet wird, ergibt sich unter anderem daraus, daß, ohne die Deputation der städtischen Werke oder die Stadtverordnetenversammlung zu befragen, der Magistrat einen Beschluß faßte, wonach von den Ueber-schüssen des Gaswerkes 30 000 M. für Heizbeträge des Wasserwerkes verwendet werden. Dabei scheute man sich nicht, bei jeder Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß der Verdienst am Gas zu gering sei und man wohl die Verkaufspreise für Gas höher ansetzen müsse. Diese Behauptung wird treffend widerlegt durch den Finalablaß für das Jahr 1908, woraus hervorgeht, daß gerade das Gaswerk am günstigsten dasteht, was ja auch in der Debatte durch unsere Genossen sowohl wie von bürgerlicher Seite festgestellt wurde. Nachdem dieses Gebaren des Magistrats scharf gekennzeichnet worden war, sah sich der Vertreter desselben nach langem Sträuben doch endlich genötigt, die Erklärung abzugeben, daß man derartige Beschlüsse in Zukunft nicht wieder fassen wolle. Da auch sonst noch die Begründung für die bei einzelnen Werken geradezu enormen Mehrausgaben ziemlich mangelhaft war, beschloß die Versammlung, die Vorlage an den Magistrat zurückzuverweisen, damit der Deputation der Werke vor Genehmigung Gelegenheit gegeben werde, die Vorlage zu prüfen und dem Plenum Bericht zu erstatten. Die bei dem Neubau der Gemeindegeldkassale in der Pfarrstraße entstandenen Mehrkosten im Gesamtbetrag von 65 144,11 M. wurden bewilligt. Bei der nun folgenden Rorschung der Verrechnung über unsere sowohl wie der von den bürgerlichen eingebrachten, inhaltlich gleichen Interpellation betreffend die Vergebung von Bauarbeiten auf dem Elektrizitätswerk entspann sich eine recht interessante Debatte. Das Elektrizitätswerk ist bereits seit Jahren das kommunale Schmerzenskind Lichtenbergs. Bereits in der am 14. Dezember vorigen Jahres stattgefundenen Sitzung wurde von fast allen Rednern, sowohl von unseren Genossen wie von den bürgerlichen, festgestellt, daß der Magistrat und speziell hierbei der erste Bürgermeister Pichler bei der Vergabung der Reparaturarbeiten nicht die Sorgfalt habe walten lassen, die man habe erwarten dürfen. In der Vorlage vom 27. Juni 1908 an die Stadtverordnetenversammlung betreffend die Verwilligung der 80 000 M. für die Reparaturarbeiten wurde vom Magistrat zur Begründung ausgeführt, daß sich nach einem vom Regierungshausmeister Bernhard aufgestellten Kostenüberschlage die Gesamtkosten auf 68 500 M. belaufen werden. Um so verwunderter mußte man sein, als gegen Ende des Jahres 1908 bekannt wurde, daß die von demselben Herrn Bernhard ausgeführten Arbeiten sich bedeutend teurer stellten. Daraufhin erfolgten die Interpellationen. In der Debatte vor dem Plenum im Dezember vorigen Jahres wurde vom Magistrat bereits angegeben, daß sich die Kosten allerdings höher stellen werden, jedoch lasse es sich zurzeit noch nicht genau feststellen. Auf Grund dessen wurde die Verprechung der Interpellationen vertagt. Inzwischen konnte festgestellt werden, daß die Summe von 80 000 M. ganz bedeutend überschritten war: die Kosten betragen nunmehr rund 125 000 M. Die Anweisungen auf die Mehrkosten waren von dem ersten Bürgermeister ohne Ansehen der Deputation der städtischen Werke unterschrieben worden, deshalb war bei Vergabung der einzelnen Arbeiten weder die Deputation noch die Werkdeputation befragt worden. Bei der Verantwortung in der letzten Stadtverordnetenversammlung erklärte lediglich der Magistrat: daß durch die besonderen Umstände die Nichtanzugabe einer Deputation geboten war und daß man im übrigen Herrn Bernhard als Bauleiter die Selbstständigkeit nicht hätte beschränken dürfen. Ferner lasse der Magistrat die ganze Angelegenheit juristisch prüfen, um festzustellen, wer für den Schaden am Elektrizitätswerk verantwortlich zu machen sei. Mit dieser Erklärung war für die Bürgerlichen die ganze Angelegenheit erledigt. Von unserer Seite konnte mit Recht darauf hingewiesen werden, daß der Magistrat hierbei die Hauptschuld trage und die Stadtverordneten mehrheitlich die Mitschuld, da sie sich das Vorgehen des Magistrats in dieser Angelegenheit gefallen lasse. Der in der vorigen Sitzung gefasste und nach Meinung eines großen Teiles der Stadtverordneten geschäftsordnungswidrige Beschluß betreffend Aufhebung eines früher gefassten Beschlusses, welcher die Anstellung des Gehaltlosen schon während des Krankenhauses vorsehe, gab Veranlassung, eine Anfrage an den Magistrat zu richten, ob und wann die vom Magistrat beabsichtigte Vorlage betreffend Einrichtung einer Konvention für nicht bloß vorübergehend aufgenommene Kranke der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet

würde. Nach früheren Mitteilungen des Magistrats soll diese Vorlage im Einvernehmen mit dem neu anzustellenden Krankenhausarzt erfolgen. Hierbei zeigte es sich, daß unser Magistrat, wenn es sein muß, auch schnell arbeiten kann; er gab nämlich die Erklärung ab, daß er dem von den Stadtverordneten gefassten Beschluß beigetreten sei und er sich folgedessen mit den beiden der Krankenhausbauabteilung angehörenden Ärzten ins Einvernehmen setzen werde. Hierbei erfuhr man auch, weshalb die Krankenhäuser überfüllt seien, Herr Sanitätsrat Dr. Wolf erklärte nämlich, daß die Dienstboten, welche sich eine kleine Verletzung zugezogen haben, doch nur ihrer Herrschaft im Wege wären, folgedessen würden sie auf Grund von Abmachungen der Herrschaften mit den Krankenhäusern in diese aufgenommen. Fürwahr, dieser Ausspruch verdient festgenagelt zu werden. Auf das Erstaunen unserer Genossen hatte er nur noch die Frage: Ja, meine Herren, wenn Sie Dienstboten haben und dieselben werden krank, sind sie Ihnen dann nicht auch im Wege? Nach Erledigung von 18 eingegangenen Einsprüchen gegen die Nichtaufnahme in die Bürgerliste für 1909, wovon 12 für berechtigt erachtet wurden, erfolgte Schluß der Sitzung nach vierstündiger Dauer. Die Beschlusfassung über den Beitritt zum Verkehrsverband Groß-Berlin wurde vertagt, bemerkt sei jedoch, daß der Magistrat beantragt, diesem Zweverband nicht beizutreten.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Nach einigen Mitteilungen unterbreitete der Direktor des Elektrizitätswerkes, Herr Müller, der Gemeindevertretung eine Denkschrift, in welcher die Errichtung eines Eiswerkes durch die Gemeinde vorgeschlagen wird. Dasselbe soll an das Elektrizitätswerk angeschlossen und auch von den Maschinen desselben bedient werden. Zur Begründung führte Herr Müller an, daß infolge der geringen Kraftstromabnahme die Maschinen des Elektrizitätswerkes in den Sommermonaten gar nicht oder doch nur ungenügend beschäftigt würden. Dies beeinflusse die Rentabilität der Anlage ungünstig, auch sei es vom technischen Standpunkte aus für die Maschinen nicht von Nutzen. Außerdem erwünschte aus dem jetzigen Zustande mit den Angelegten ständig Schwierigkeiten. Während dieselben in den Wintermonaten in ausgedehntem Maße zu Ueberarbeit herangezogen werden müßten, sei im Sommer, wenn man nicht zu Entlastungen streben wolle, die Beschäftigung eine höchst mangelhafte. Die Eisfabrikation wäre ein Gebiet, welches erstens die Ausnutzung der teuren Maschinen ermöglichte, und zweitens der Gemeinde eine neue Einnahmequelle erschließe. — In der Diskussion standen die meisten Redner dem Vorschlage sehr pessimistisch gegenüber. Man war im allgemeinen der Ansicht, daß sich die Sache nicht rentieren würde. Ein Redner warnte davor, noch mehr Arbeiter bei der Gemeinde zu beschäftigen, da dieselben später alle pensioniert werden müßten. Dies sagten Leute, welche selbst Staatspensionen beziehen, die den sechsfachen Betrag dessen ausmachen, was die Kommunen und der Staat an untere Angestellte zahlen. Zur Sache selbst wurde beschlossen, am Orte eine Rundfrage über den Eisverbrauch zu veranstalten, auf Grund des sich ergebenden Resultats sollen event. weitere Schritte unternommen werden. Wir sind neugierig, wann unsere Gemeindevertretung, die in fast jeder Sitzung irgend ein Anliegen für die höheren Schulen usw. zu erledigen hat, der Erbauung eines Volksbades näher treten wird. Der Verleger des hiesigen Volksblattes, der auch der Gemeindevertretung angehört, macht wohl des öfteren, wenn er am Quartalschluß für seine Zeitung aus Gimpelung auszieht, darauf aufmerksam, was Friedenau noch alles haben möchte; doch der Herr hat genau so wenig wie die anderen Vertreter der dritten Klasse es bisher für nötig gefunden, einen Antrag auf Erbauung einer von ihm selbst besitzverordneten Badesanstalt zu stellen. Die Wähler dieser Herrschaften mögen sich dies und so manches andere für kommende Wahlen merken.

Charlottenburg.

Die Parteigenossen werden darauf hingewiesen, daß der Volkshaus-Ausschuh morgen Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus einen „Lustigen Abend“ veranstaltet. Vortragende sind: Herr Richard von Deutschen Theater und Frau Frida Richard vom Hebbel-Theater. Da nur außerordentlich Gutes geboten wird und der Ueberblick für den Volkshausfonds verwendet werden soll, werden die Genossen ersucht, für guten Besuch Sorge tragen zu helfen.

Groß-Lichterfelde.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde zunächst zur Neuwahl eines Schöffen geschritten, da die Amtszeit des bisherigen Gemeindefürs Rudolph, des Direktors der englischen Gasgesellschaft, mit der die Gemeinde so glänzende Geschäfte gemacht hat, abgelaufen war. Er wurde fast einstimmig wiedergewählt; nur ein weißer Zettel wurde abgegeben. Die Gemeindevertretung scheint sich noch nicht zu der Erkenntnis durchgedrungen zu haben, daß Beamte von Unternehmungen, die mit der Gemeinde nicht bloß in einem vorübergehenden, sondern in einem dauernden Verhältnis stehen, nicht in ihre Verwaltung gehören. Der Bau des Realschulhauses, der seinerzeit beschlossen worden ist, soll nunmehr zur Ausführung kommen. Es hatte seinerzeit ein gewisses Aufsehen erregt, daß für denselben nicht weniger als 770 000 M. gefordert und bewilligt worden sind. Vom Gemeindevorstand wurde hoch und heilig versichert, daß man sich „die größte Sparsamkeit“ auferlegt habe und eine billige Herstellung denkbar wäre. Nun kommt auf einmal die Schulaufsichtsbehörde, bestanden dem Wappon und durch die die Bauanstaltung werden nunmehr 60 000 M., das ist beinahe 10 Proz. der ursprünglichen Bausumme erspart. Und da die Bauaufsichtsbehörde zweifellos nicht etwas beanstandet, was im Interesse der Sproßlinge der besitzenden Klasse liegt, was notwendig, nützlich oder angenehm ist, so kann es sich nur um überflüssigen Luxus, verfehlte oder direkt unnütze Baudispositionen handeln. Daß die Lichterfelder Steuerzahler die Ersparnis dieser bedeutenden Summe nicht ihrer Verteilung, sondern einer anderen die Interessen der Schule wahrnehmenden Instanz zu verdanken haben, ist ebenso bezeichnend wie ansehnlich. Dieser moralische Versuch, die zuständigen Organe der Gemeinde zur Sparsamkeit an der rechten Stelle zu erziehen, ist lobenswert und mußte eigentlich in erster Linie von den Gemeindebürgern selbst ausgehen. Die Gemeindevorsteher Engelmann und Jäger mochten zwar einige schätzbare Bemerkungen zu dieser nicht gerade belanglosen Angelegenheit, gingen aber auf den Kernpunkt der Sache nicht weiter ein. Beschlossen wurde, mit den Aufschätzungs- und Erdarbeiten baldigt zu beginnen und zu diesem Zwecke vorerst die hierfür erforderlichen 8000 M. zu bewilligen.

Friedrichsfelde.

Zu dem Wahlverlaufsbericht Schmidt und Genosse Kohl eine längere Verhätigung, in welcher er die Behauptung, er habe die Hofgänger gutgeheißt und eine gemeinsame Politik mit den Bürgerlichen — dem Freisinn — befürwortet, für falsch erklärt. Er habe im Gegenteil die Hofgänger der württembergischen Genossen als Taktlosigkeit und Verschamtheit bezeichnet und gewünscht, daß die an der Londoner Reise beteiligten gemeinfachen Berliner Stadtverordneten genau so bewertet werden. Auch habe er ein Bündnis mit dem Freisinn nur gelegentlich, wie etwa in der preussischen Wahlrechtsfrage, bezeichnet.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Der freiwilligen Sanitätskolonne wurden zwei im Kellergehoch des neuen Rathauses frei bleibende Räume zur Verfügung gestellt. Die Vergabung der Straßenreinigung und Bepflanzung sowie Bepflanzung der Feuerlöschgeräte soll zur Ausführung gelangen. Die Offerten sind bis zum 1. Dezember d. J. einzureichen; auswärtigen Gewerbern soll ein Pferdepost zur Verfügung gestellt werden. Die Regulierung der Bürgersteige in der Kaiser-Wilhelmstraße vor den Grundstücken Priedenhagen und Liebenow soll sofort in Angriff genommen

werden und bis Mitte November beendet sein. Die Kosten im Betrage von 2083 M. werden, wenn sie nicht anderweitig anzubringen sind, nächstes Jahr in den Etat eingestellt. Der Unternehmer Krüger aus Berlin will an der Kollwitzstraße einen Sportplatz anlegen; hierzu wünscht derselbe Anschließung an die Wasserleitung. Die Verlegung der Wasserleitungsrohre wird unter der Bedingung genehmigt, daß die Terraingesellschaft auf fünf Jahre den Betrag von je 75 M. garantiert. Die neugeplante Straße auf dem Krüfers Terrain zwischen Platanenstraße und Straße 50 soll eine Gesamtbreite von 53 Meter erhalten. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

„Ueber Gottesglaube und Menschentum“ referierte in einer im „Schwarzen Adler“ stattgefundenen, von etwa 500 Personen besuchten Volksversammlung Genosse Adolf Hoffmann. Raumrücken verbielen uns, das treffliche Referat auch nur in groben Umrissen zu rekapitulieren. In der Diskussion sprach zunächst Herr Pastor Hangauf, der die vom Referenten betonten Widersprüche zwischen der Bibel und den wissenschaftlichen Forschungen der Neuzeit unterstrich. Auch er, so sagte Herr Hangauf, sei bemüht, durch Besuch von Museen und Naturbetrachtung bei seinen Konfirmanden die Freude an der Natur zu wecken. Im übrigen könne man sehr wohl kirchlich gesinnt sein und doch für eine reinliche Scheidung von Kirche und Staat eintreten. Zum Schluß ersuchte der Redner die Versammelten, bei den Kirchenvahlen dafür zu sorgen, daß eine freiere Richtung Platz greife.

Der zweite Diskussionsredner, ein Herr Kramer, Vorsitzender des Reichsverbandes, sprach nicht so sachlich wie sein Vorgesänger. Ihm schien es vielmehr darauf anzukommen, Zitate aus dem Reichsverbandesorgan gegen sozialdemokratische Führer vorzubringen. Genosse Hoffmann führte diesen Reichsverbandshäuptling geblühend ab.

In Bezug auf die von Herrn Hangauf gewünschte Beteiligung der Versammelten an den Kirchenvahlen sagte Hoffmann, daß damit der Arbeiter nicht geholfen werden könne, so lange nicht das Klassenwahlrecht in Staat und Gemeinde beseitigt sei. Und da bei der Zusammenlegung des preussischen Landtages an eine Trennung von Kirche und Staat nicht zu denken sei, müsse die Lösung nur lauten: Heraus aus der Kirche!

Der Vorsitzende Genosse Blech verwies am Schluß der Versammlung darauf, daß am 10. Oktober bei Ledemitz ein Lichtbilder-vortrag des Herrn Baage über Kenntnisse vom Ursprung des Menschen“ stattfindet und daß Formulare zum Austritt aus der Landeskirche bei Heilich, Waldowstr. 23b, zu haben sind.

Vermischtes.

Zugzusammenstoß in Oberbayern. Münchener Meldung zufolge stießen gestern früh auf der Station Thann-Raybach in Oberbayern zwei Güterzüge auf der Einfahrtsweiche zusammen. Beide Lokomotiven und zwölf Wagen entgleisten und wurden stark beschädigt. Dreizehn Beamte wurden verletzt, darunter der Lokomotivführer Jettel-Simbach schwer. Die Strecke ist gesperrt.

Zum Raubmord bei Hofenwisch. Unter dem Verdacht, den Fleischerlehrling Hecht im Schoner Grunde am Sonnabend ermordet zu haben, wurde, wie aus Dresden berichtet wird, gestern vormittag bei der dortigen Polizei der Fleischergehilfe Artur Henschel aus Costa eingeleitet. Er hat bis zum 1. Oktober mit Hecht beim Fleischermeister Schumann gearbeitet und ist seitdem fluchtlos. Er gab an, den ganzen Abend vom späten Nachmittag an bei seiner Liebsten gewesen zu sein. Wie aber die Polizei festgestellt hat, ist er erst um 8 1/2 Uhr dort eingetroffen, hat also, da der Mord geschah, entgegen seiner Angabe nicht bei dem Mädchen gewelt.

Ein Hauseneinsturz in Budapest. Nach einer Meldung aus Budapest wurden durch den Einsturz dreier Stadwerke eines fünfstöckigen Neubaus dort viele Arbeiter verletzt. Es liegen noch Arbeiter unter den Trümmern begraben.

Wie eine spätere Meldung besagt, sind die Folgen des Hauseneinsturzes geringfügiger, als zuerst angenommen wurde. Es sind zwei Arbeiter verletzt worden.

Untergang eines deutschen Dampfers. Aus Imuiden wird gemeldet: Der deutsche Dampfer „Adolf“ aus Geestemünde ist bei der Doggerbank gesunken. Ein Boot des Dampfers mit elf Insassen ist gerettet worden, ein anderes Boot mit dem Kapitän und neun Mann wird noch vermisst.

Fele- und Diktierklub „Wilhelm Viehnecht“. Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, bei R. Eichhorn, Danziger Straße 56: Sitzung. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 13. Oktober 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur (min, max), Windrichtung, Windstärke. Rows include Smetende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien.

Wetterprognose für Donnerstag, den 11. Oktober 1909. Mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 12.10., um 0 Uhr, am 11.10., um 0 Uhr. Rows include Remel, Bregel, Weigel, Ober, Warte, Rebe, Gibe, Dresden, Magdeburg.

*) + bedeutet Hoch. — Fall. — *) Unterpaßel.

Advertisement for Gänse, Enten, and Andreas-Garten. Includes details about bird raising and garden services.

Advertisement for 'Enorm billiger Verkauf' (Enormly cheap sale) of elegant winter coats.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Bezirk 64.)
Am 10. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Lagerist
Ferdinand Wendt
Ludenwalder Straße 14.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 14. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
211/13 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Ratf.-
Verein „Vorwärts“
Berlin.
Mitgl. d. N. R. D.
„Freiheit“.
Am Montag, den 11. Oktober,
verstarb infolge Baunntalles unser
Mitglied
Wilhelm Ruhnke.
Tag und Zeit der Beerdigung
wird den geehrten Mitgliedern per
Karte bekanntgegeben.
Sein Andenken wird im Verein
fortleben!
19315 **Der Vorstand.**

Zentral-Verein
der Bildhauer Deutschlands.
(Verwaltung Berlin.)
Unseren Mitgliedern hierdurch
die Nachricht, daß am 12. Oktober
der Holzbildhauer
Artur Bulle
im 26. Lebensjahre gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 15. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem Thomas-
Friedhof in Altdorf, Hermann-
straße, statt.
Um Beteiligung ersucht
20/14 **Der Vorstand.**

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Verwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Knäcker
Wilhelm Vollstädt
am Sonnabend, den 9. Oktober,
im Alter von 39 Jahren infolge
Schlagens eines Herdes gestorben
ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. d. Mts.,
nachmittags 2 Uhr, von der
Leichenhalle der Bartholomäus-
Gemeinde in Weihensee aus statt.
70/10 **Die Verwaltung.**

Am Dienstag, den 12. Oktober,
verstarb nach langem, schwerem
Leiden mein lieber Mann und unser
guter Vater, Schwieger- und Groß-
vater, der Zimmerermeister
Ferdinand Krüger.
Dies geht selbstredend an
Marie Krüger nebst Kindern,
Altdorf, Heine-Handwerk-Str. 54.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 17. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Falsch-Fried-
hofes in Altdorf, Hermannstraße,
aus statt. 257112

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
die herrlichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meiner lieben unver-
gesslichen Frau, unserer guten Mutter,
Emma Gertrud und Luise 257022
Alma Rost geb. Lehmann
sagen allen aufrichtigen Dank.
Die Hinterbliebenen:
Hermann Rost,
Joh. Schrepkowski, Sohn.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise liebevoller
Teilnahme beim Helmsange meines
geliebten Mannes, des Gastwirts
August Raack
spreche ich hiermit meinen herzlichsten
Dank aus.
Stegitz, Rheinstr. 40.
Friderike Raack
254/9 geb. Naundorf.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei
der Beerdigung meiner lieben Frau
sage ich allen, insbesondere dem
109. Bezirk meinen besten Dank.
19365 **Paul Robock.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Peek & Cloppenburg



Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenkleidung
Gertraudenstraße 25, 26, 27 □ Roßstraße 1 u. 2.

Fertig am Lager!

Schwarze Gehrock-Anzüge

Tuchkammgarn . . . M. 41, 46, 50, 56
64, 68, 74, 86 u. s. w.
Melton-Cheviot . . . M. 56, 61, 68, 74, 86 u. s. w.

Frack-Anzüge:

Tuchkammgarn . . . M. 46, 56, 60, 70, 84 u. s. w.

Smoking-Anzüge:

Tuchkammgarn . . . M. 38, 41, 50, 56, 62
75, 89 u. s. w.
Melton-Cheviot . . . M. 62, 70, 84 u. s. w.



Das Gerücht, daß ich infolge des Todes meiner
lieben Frau mein Saal- und
Warengeschäft verkauft habe,
erhebt jeder Begründung. Ich darf wohl darauf rechnen, daß meine
Genossen, Gewerkschaftsleiter und sonstigen Vereine bei Arrangierung von
Versammlungen, Festlichkeiten usw. sich meiner erinnern werden. Zimmer
und Säle für 40, 50, 500, Garten mit großer Bühne für 1500 Personen,
sind für dieses und nächstes Jahr noch an mehreren Wochentagen, Sonn-
abenden und Sonntagen zu den kulantesten Bedingungen zu vergeben.
Keine Bierpreisverhöhung. Ufermärktliche Birnen und Äpfel sind
vieler in kleinen und großen Posten zu Engrospreisen, auf Wunsch frei
ins Haus, bei mir zu haben.
Fritz Wilke, Brunnenstraße 188,
dicht am Holentholer Tor. — Amt 3, 4835.

Achtung! 297/206
Sumatra-Decke
erste Länge Stückblatt, ganz
belle Farben, guter Brand
und sehr deckfähig, per Pfd.
vers. M. 3.20.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N.
Brunnenstraße 190.

Arbeiter-Wanderbund Die Naturfreunde Wanderfahrten

am Sonntag, den 17. Oktober.
1. Trebbin-Abenddorf-Trebbin.
Abf.: Anhalter Bahnhof 9 1/2 Uhr
vorm.
2. Reichow-Konnenfließ-Übers-
walde. Abf.: Stett. Fernbahnhof
6 1/2 Uhr vorm.
3. Jungfernhöhe-Saathöfen-Tegel.
Treffpunkt: Bahnh. Jungfernhöhe
2 Uhr nachm.
Donnerstag, den 14. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
saal: Sitzung der naturw. Abt.
Gäste willkommen. 1/17

Vorsicht!
Erfinder
verlangen vor der Patent-
meldung gratis franko die
Broschüre
„Denke nach“
an Ing. Carl F. Reibelt
Berlin F. Friedrichstr. 207.

Möbel auf Teilzahlung
(geringe Anzahlung)
M. Goldstaub
Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr.
Ecke Gneisenaustraße.
Kein Abzahlungsgeschäft!
Anerkannt
größte Rücksicht
bei
Arbeitslosigkeit
und
Krankheit.

ANTIMORS vertreibt das
Ungeziefer aus den Wohnungen.

44 eigene Dampfer.



Von frischen Fängen
unserer Flotte empfohlen
wir in lebendfrischer
I. Qualität:

- | | | |
|----------------|-----------------|---------|
| Fl. Goldharsch | Erste für | 25 Pf. |
| „Kaheljan | im Anschn. | 28 Pf. |
| „Seelachs | im Anschn. | 28 Pf. |
| „Schellfisch | im Anschn. | 38 Pf. |
| „Schellfisch | 1a gr. 2-5 Pfd. | 85 Pf. |
| „Schellfisch | 1a Hlg. 1-2 | 85 Pf. |
| „Schellfisch | kl. z. Braten | 22 Pf. |
| „Knurrhahn | z. Braten | 25 Pf. |
| „Schollen | 1a gr. 2-5 Pfd. | 90 Pf. |
| „Bratflundern | | 80 Pf. |
| „Rotzungen | 1a gr. helle | 50 Pf. |
| „Austernfisch | Karbonad. | 70 Pf. |
| „Steinbrut | bis 8 pfdig. | 130 Pf. |
| „Heilbutt | im Anschn. | 90 Pf. |
- Preise für diese Woche!

In allen Verkaufsstellen
gleiche Preise!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Hauptgeschäft:
Berlin C., Bahnhof Börse.
Telephon III, 8504
Verkaufsstellen:
C., Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
N., Invalidenstr. 131.
N.O., Landsberger Str. 52/53.
O., Große Frankfurter Str. 85.
O., Madaistraße, Bogen 8-9,
Fruchtstraße gegenüber.
S., Prinzenstr. 94.
W., Potsdamer Str. 112a.
Charlottenburg: Wilmers-
dorfer Str. 111.
Spandau: Breitestr. 54.
Steglitz: Schloßstr. 121.
Eigene Eisbahn-
Kühlwaggons!

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Portieren- Spezialhaus

Uebergardinien für Fenster
und Türen.
Imposante Auswahl
(einfacher und hochparter Genre).
Pro Fenster von 3⁷⁵ bis 175 M.

Plüsch- Portieren

nur soweit Vorrat!
Pro Fenster 8⁷⁵ (Wert
13⁵⁰ M.)

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre,
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstraße 158.

Habe nirgends Filialen!
Mein neuer
Pracht-Katalog
für Innen-Dekoration
mit ca. 650
Abbildungen gratis u. franko.

